

JIHOČESKÁ UNIVERZITA V ČESKÝCH BUDĚJOVICÍCH
FILOZOFICKÁ FAKULTA
ÚSTAV ČESKO-NĚMECKÝCH AREÁLOVÝCH STUDIÍ A GERMANISTIKY

BAKALÁŘSKÁ PRÁCE

WILLY BRANDT UND DIE DEUTSCHE WIEDERVEREINIGUNG

Vedoucí práce: doc. Dr. Jürgen Eder

Autor práce: Simona Hamerníková

Studijní obor: Evropská teritoriální studia – Česká republika a německy mluvící země

Ročník: 2014/2015

2015

Prohlašuji, že svoji bakalářskou práci jsem vypracoval/a samostatně, pouze s použitím pramenů a literatury uvedených v seznamu citované literatury.

Prohlašuji, že v souladu s § 47b zákona č. 111/1998 Sb. v platném znění souhlasím se zveřejněním své bakalářské práce, a to v nezkrácené podobě elektronickou cestou ve veřejně přístupné části databáze STAG provozované Jihočeskou univerzitou v Českých Budějovicích na jejích internetových stránkách, a to se zachováním autorského práva k odevzdanému textu této kvalifikační práce. Souhlasím dále s tím, aby toutéž elektronickou cestou byly v souladu s uvedeným ustanovením zákona č. 111/1998 Sb. zveřejněny posudky školitele a oponentů práce i záznam o průběhu a výsledky obhajoby kvalifikační práce. Rovněž souhlasím s porovnáním textu mé kvalifikační práce s databází kvalifikačních prací Theses.cz provozovanou Národním registrem vysokoškolských kvalifikačních prací a systémem na odhalování plagiátů.

České Budějovice 5. května 2015

.....
Simona Hamerníková

Danksagung

Hiermit möchte ich mich bei Herrn Doc. Dr. Jürgen Eder, der mir die Bearbeitung dieses interessanten Themas ermöglicht hat, bedanken. Ich danke Ihm auch für die freundliche und konstruktive Unterstützung, Grammatikkontrolle und aufgewendete Zeit während der Bearbeitungszeit.

Ein Dank gilt ebenfalls meinem Vater, sowie meiner Mutter, die mir das Studium überhaupt ermöglicht haben und stets hinter mir standen.

Anotace

Tato bakalářská práce se zabývá životem a politickou činností Willyho Brandta a procesem německého znovusjednocení. Práce popisuje politiku Willyho Brandta v době rozdělení Německa, jeho zahraniční politiku jako spolkového kancléře a jeho nepřímý vliv na pozdější znovusjednocení Německa díky postupnému sblížení se s východním blokem. Zároveň se zabývá vztahy Spolkové republiky Německo a Německé demokratické republiky od jejich rozdělení až po jejich znovusjednocení, stejně jako jednotlivými fázemi celého sjednocovacího procesu i událostmi, jež mu předcházely. V neposlední řadě hodnotí také ekonomické a společenské dopady znovusjednocení.

Klíčová slova

Willy Brandt; Spolková republika Německo; Německá demokratická republika; Berlínská zeď; znovusjednocení Německa; Ostpolitik; německo-německé vztahy

Annotation

Title: Willy Brandt and the German reunification

This thesis deals with Willy Brandt, his political activity and with the process of the German reunification. It describes Willy Brandt's politics during the division of Germany, his foreign policy as a federal Chancellor and the influence of his approach of the Eastern Bloc on the later reunification. It also deals with relations between the Federal Republic of Germany and the German Democratic Republic, since their division to their reunification and with single phases of the whole unification process. At the end it evaluates economic and social impacts of the reunification.

Keywords

Willy Brandt; Federal Republic of Germany; German Democratic Republic; Berlin Wall; the German reunification; Ostpolitik; East-West German relations

Annotation

Diese Bachelorarbeit untersucht die politische Tätigkeit Willy Brandts sowie den Prozess der Wiedervereinigung. Die Arbeit beschreibt die Politik Willy Brandts in der Zeit der Teilung Deutschlands, seine Außenpolitik als Bundeskanzler, seinen bedeutsamen Einfluss in der Annäherung mit dem Ostblock und der damit verbundenen späteren Wiedervereinigung Deutschlands.

Gleichzeitig beschäftigt sie sich mit der Beziehung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, seit ihrer Teilung bis zu ihrer Wiedervereinigung, sowie mit den einzelnen Phasen des ganzen Einigungsprozesses. Als letztes bewertet sie die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Wiedervereinigung.

Schlüsselwörter

Willy Brandt; Bundesrepublik Deutschland; Deutsche Demokratische Republik; Berliner Mauer; deutsche Wiedervereinigung; Ostpolitik; deutsch-deutsche Beziehungen

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	7
Abkürzungsverzeichnis	9
1. Willy Brandts Haltung zu Deutschland vor 1989	10
1.1 Kriegszeit und Exil.....	10
1.2 Die Nachkriegszeit und Teilung Berlins	11
1.3 Erste Jahre des geteilten Deutschlands und die Berliner Mauer	14
1.4 Der Bundeskanzler Willy Brandt	17
1.5 Die Ostpolitik	20
1.6 Kritik von der Opposition	24
1.7 Krise der Regierung	26
1.8 Spionageaffäre und Rücktritt	26
1.9 Ostpolitik nach dem Rücktritt	27
2. Willy Brandts Rolle im Einheitsprozess seit 1989.....	311
2.1 Zweite Phase der Ostpolitik	32
2.2 Beginn der Reformen	33
2.3 Ende des SED-Regimes und Fall der Berliner Mauer.....	35
2.4 Die Wiedervereinigung Deutschlands.....	37
2.5 Die Bundesrepublik Deutschland nach der Wiedervereinigung	42
Schluss.....	44
Literatur- und Quellenverzeichnis.....	46
Beilagenverzeichnis	48

Einleitung

Willy Brandt, genau wie die deutsche Wiedervereinigung, gehören beide zu einer von den wichtigsten Etappen der Geschichte Deutschlands. Die beiden Begriffe haben viel gemeinsam, da Willy Brandt eine wichtige Rolle bei der Annäherung des getrennten Landes gespielt hatte. Mit seiner Ostpolitik¹ gehört er zu den berühmtesten Politikern Deutschlands. Sein Leben, seine politische Tätigkeit und Persönlichkeit faszinieren bis heute viele deutsche, aber auch ausländische Politikwissenschaftler und Historiker. Sein Leben war voll von komplizierten politischen Ereignissen und wichtigen Entscheidungen, die der Sozialdemokrat aus Westdeutschland bewältigen musste.

Leider ist sein Name in der Tschechischen Republik fast unbekannt. Nur wenige Tschechen ahnen, wer Willy Brandt war und was er eigentlich gemacht hat. Da ich persönlich sein Leben und Schicksal sehr interessant finde, habe ich mich für ihn als Thema meiner Bachelorarbeit entschieden, mit der Hoffnung, dass ich auf diesem Wege in der tschechischen Gesellschaft mehr Informationen über ihn vermitteln kann.

Mit Willy Brandt ist die deutsche Wiedervereinigung eng verbunden und gilt in der deutschen Geschichte als einer von den wichtigsten Wendepunkten. Nach dem Krieg wurde das Land in zwei streng getrennte Länder geteilt und zwar in die Bundesrepublik Deutschland (BRD) und die Deutsche Demokratische Republik (DDR).

Am 3. Oktober 1990 kam es nach langen 40 Jahren mit dem Mauerfall zu der Wiedervereinigung Deutschlands. In Europa hat sich an einem Tag ein Land mit 80 Millionen Einwohnern gebildet. Die DDR hat sich formal und rechtlich in die Bundesrepublik Deutschland integriert. Das kommunistische Regime wurde damit überwunden und die getrennten Familien und Freunde konnten sich nach langen Jahren wieder besuchen, in die Welt reisen und frei wählen. Doch dieses Ereignis hat auch viel Negatives gebracht.

Die schwache Wirtschaft und Ökonomie des Ostens musste durch die reichen Westländer finanziert werden. An diese finanzielle Hilfe haben sich die Ostländer langsam gewöhnt und diese Finanzierung, die bis heute läuft und immer verlängert wurde, trennt das deutsche Volk trotz der Einheit immer noch in „Ossis“ und „Wessis“².

Obwohl Deutschland das Nachbarland Tschechiens ist und die Wiedervereinigung ganz Europa deutlich beeinflusst hatte, hatte dieses bedeutende Ereignis bis heute kein großes Interesse in der tschechischen Gesellschaft geweckt. Auch in der tschechischen Literatur gibt

¹Ostpolitik = zielende Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen des Ost-West-Konflikts auf Ausgleich mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten zwischen 1969 und 1989.

²Ossis und Wessis = Eine umgangssprachliche Bezeichnung für die ehemaligen Bürger der DDR und BRD.

es nur wenige Werke, die sich mit dem Einheitsprozess detailliert beschäftigen würden. Aus diesem Grund bin ich vor allem von der deutschen Literatur ausgegangen.

In dem ersten Teil dieser Arbeit möchte ich die Person Willy Brandt vorstellen, mit dem Schwerpunkt auf seiner politischen Tätigkeit und seiner Bedeutung für die ehemalige deutsche politische Szene und damit sie auch den tschechischen Lesern näher bringen. Dabei werde ich wichtige politische Prozesse und Wendepunkte erklären, die zu der Teilung und späteren Wiedervereinigung führten.

In dem zweiten Teil werde ich mich mehr mit dem Prozess der Wiedervereinigung beschäftigen, sowie mit den Folgen und den damit verbundenen Problemen. Dabei werde ich natürlich auch die Rolle Willy Brandts bei diesem politischen Ereignis erklären.

Das Ziel dieser Arbeit soll nicht nur die Person Willy Brandt und die deutsche Wiedervereinigung beschreiben, sondern vor allem zeigen, welche Rolle Willy Brandt in diesem Prozess gespielt hat und wie sie sich gegenseitig beeinflusst haben.

Abkürzungsverzeichnis

ADN - Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst

BRD - Bundesrepublik Deutschland

CDU - Christlich Demokratische Union Deutschlands

CSU - Christlich-Soziale Union in Bayern e. V.

DDR - Deutsche demokratische Republik

FDP - Freie Demokratische Partei

KPdSU - Kommunistischen Partei der Sowjetunion

KSZE - Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

NATO - Organisation des Nordatlantikvertrags

SAP - Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands

SED - Sozialistische Einheitspartei Deutschlands

SPD - Sozialdemokratische Partei Deutschlands

UNO - Organisation der Vereinten Nationen

1. Willy Brandts Haltung zu Deutschland vor 1989

Willy Brandt wurde am 18.12.1913 in Lübeck geboren und sein ursprünglicher Name war Herbert Frahm. Seine Kindheit war nicht besonders glücklich, vor allem wegen seinem Verhältnis zu den Eltern, da seine Geburt unehelich war. Brandt lernte seinen leiblichen Vater nie persönlich kennen und zu seiner Mutter, die als überfordert beschrieben wird, hatte Brandt ein distanziertes, unterkühltes Verhältnis. Die Rolle des Vaters hat später sein Stiefgrossvater übernommen, der auch ab 1919 die Betreuung des Kindes übernahm. Rückblickend bezeichnete Brandt seine Jugend als „unbehaust“ und seine Familienverhältnisse beschrieb er als chaotisch.

Brandts nichteheliche Geburt, die von Zeitgenossen vielfach als Makel angesehen wurde, benutzten politische Gegner bis in sein Erwachsenenleben, um ihn herabzusetzen. Noch im Bundestagswahlkampf 1965, in dem Brandt für die SPD³ gegen den CDU⁴-Kandidaten Ludwig Erhard antrat, wurde dieser Umstand thematisiert.

Bereits mit 16 Jahren wird Herbert Frahm SPD-Mitglied. Diesen Schritt und sein Interesse für Politik ist auf seinen Stiefgrossvater zurückzuführen. Seiner Meinung nach trat die SPD aber nicht kämpferisch genug für ihre Ziele ein. Daher wechselte er 1931 von der SPD zur SAP⁵. SAP war eine linkssozialistische Partei, etwas zwischen Sozialismus und Kommunismus. Deswegen hat er aber den Anspruch auf ein Stipendium von der SPD verloren und deshalb musste er gleich nach dem Abitur arbeiten. Sein Politikengagement hat er aber nicht verloren.

1.1 Kriegszeit und Exil

Nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933, für den die Nationalsozialisten die Kommunisten verantwortlich machten, wurden acht Mitglieder der SAP in Lübeck festgenommen.

Unmittelbar nach Adolf Hitlers Machtantritt am 30. Januar 1933 wurde die SAP in Deutschland verboten. Das NS-Regime sperrte tausende Gegner ins Gefängnis und Konzentrationslager ein. Viele Sozialdemokraten und Kommunisten wurden gefoltert und ermordet. Um sich zu schützen nannte sich Herbert Frahm erstmals Willy Brandt. Im April 1933 verlässt er Deutschland und emigrierte nach Norwegen. In Norwegen setzte er den Kampf gegen das NS-Regime fort.

³ SPD = Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

⁴ CDU = Christlich Demokratische Union Deutschlands.

⁵ SAP = Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands.

In Oslo übernahm Brandt gemeinsam mit seiner Lübecker Jugendliebe Gertrud Meyer wichtige Aufgaben in der Widerstandsarbeit der SAP. Dazu gehörte auch Material gegen die NS-Diktatur nach Deutschland zu schmuggeln und Inhaftierten zu helfen.

Nach der deutschen Besetzung Norwegens im April 1940 floh er nach Schweden. Mit norwegischem Pass lebte er in Stockholm und leitete dort ein Pressebüro. Gemeinsam mit internationalen demokratischen Sozialisten entwarf Brandt ein Nachkriegsprogramm für Europa und die Welt. Bis zum Ende des Krieges blieb er in Stockholm, wo er mit anderen deutschen Sozialisten an der Wiederannäherung der SAP-Exilanten an die SPD mitarbeitete.

1.2 Die Nachkriegszeit und Teilung Berlins

Nach der deutschen Kapitulation am 8. Mai 1945 wurde das übrige Deutschland in die gemeinsame Verantwortung der Siegermächte übernommen.

Das Bündnis der Siegermächte feierte in der Kriegszeit große Erfolge, nach dem Krieg zerfiel es aber schnell. Es war klar, dass eine Vereinbarung zwischen der Sowjetunion und den westlichen Siegermächten nicht möglich ist. Definitiv wurde über Deutschlands Teilung de facto 1947 entschieden, als die USA ihre Außenpolitik änderte. Das zeigte sich z.B. durch die Annahme der „Truman- Doktrin“⁶, die dem sog. „Marshallplan“⁷ vorausging. Diese beiden politischen Entscheidungen bedeuteten real betrachtet das Ende der amerikanischen Kriegskoalition mit der Sowjetunion und markierten den Beginn des Kalten Krieges⁸.

Der Kalte Krieg spielte für Deutschland später die entscheidende Rolle. Deutschland war in diesem Krieg ein von den wichtigsten Schlachtfeldern und keine von den Seiten wollte dieses strategisch wertvolle Gebiet dem Gegner überlassen.

Eine große und spezifische Rolle spielte für Deutschland auch Frankreich. Lange Jahre versuchte Frankreich zu verhindern, dass Deutschland zu alter Größe und Einheit kam.

Gemäß den, auf der Konferenz von Jalta getroffenen, Vorvereinbarungen, die 1945 mit der Juni-Deklaration umgesetzt wurden, teilten die alliierten Siegermächte Deutschland

⁶ Truman-Doktrin = es handelte sich um eine finanzielle Hilfe für Griechenland und Türkei von USA, an die auch die Sowjetunion Ansprüche gelten machte. Die Doktrin wurde am 12.März 1947 beim US-Präsident Harry S. Truman vor dem US- Kongress verkündet.

⁷ Marshallplan = war ein großes Wirtschaftswiederaufbauprogramm der USA, der am 3. April 1948 im US-Kongress verabschiedet wurde. Nach dem Plan wurde in den Jahren 1948-1952 für West-Europa eine finanzielle und wirtschaftliche Hilfe von den USA gewährt, um ihre wirtschaftliche Nachkriegssituation zu wiederherstellen.

⁸ Kalter Krieg = war ein Konflikt zwischen den Westmächten unter Führung der USA und dem Ostblock unter Führung der Sowjetunion, der von 1947 bis 1989 stattfand. „Kalt“ wurde dieser Konflikt genannt deswegen, da es

in vier Besatzungszonen auf: die sowjetische, die amerikanische, die britische und die französische. Genauso wurde danach auch die Hauptstadt Berlin in vier Sektoren aufgeteilt. Der östliche Teil Deutschlands wurde an der Oder-Neiße Grenze abgetrennt und wurde später unter sowjetische, bzw. polnische Verwaltung gestellt. Als gemeinsames Verwaltungsorgan der vier Hauptsiegermächte für Deutschland als Ganzes sollte ein Alliiertes Kontrollrat fungieren, der auch die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz hätte umsetzen sollen. In diesem Rat mussten alle Entscheidungen einstimmig getroffen werden. Gleichzeitig übten aber die einzelnen obersten Befehlshaber ihre Verwaltung in jeweiligen Zonen aus.

Obwohl die Macht seit der deutschen Kapitulation in den Händen der vier Siegermächte war, mussten bald manche Aufgaben auch auf die politisch unabhängigen Deutschen übertragen werden. Im Sommer 1945 war auch die Gründung der politischen Parteien genehmigt.

Im November 1945 kam Willy Brandt zurück nach Deutschland, um als Journalist einer skandinavischen Zeitung über den Nürnberger Prozess zu berichten. Danach zog er Anfang 1947 nach Berlin, wo er in der Norwegischen Militärmission arbeitete.

Ein Jahr später wechselt er in die deutsche Politik, weil er am Aufbau eines demokratischen Deutschland mitwirken will. Am 1. Januar 1948 wurde er Leiter des Verbindungsbüros des Parteivorstands der SPD, der er inzwischen wieder angehörte.

Erst nach monatelanger Wartezeit erhielt Brandt die deutsche Staatsbürgerschaft zurück. Die amtliche Bestätigung des Namens stellte 1949 die Berliner Polizei aus. Dennoch werden ihn später politische Gegner immer wieder Herbert Frahm nennen und auf die Namensänderung verweisen, um Willy Brandt als zwielichtig erscheinen zu lassen.

Am 20. März 1948 verließ der sowjetische Vertreter den Alliierten Kontrollrat, und am 16. Juni zog die Sowjetunion auch ihren Repräsentanten aus der Alliierten Hohen Kommandantur in Berlin ab. Damit begann die Teilung Deutschlands. Wenige Tage nach der Währungsreform in den drei westlichen Besatzungszonen am 20./21. Juni 1948 riegelten die Sowjets Berlin ab, aber die Westmächte gaben die Stadt nicht auf, sondern richteten eine Luftbrücke ein, um die Berliner während der bis zum 12. Mai 1949 dauernden Blockade zu versorgen.

zu einem militärischen Kampf zwischen den USA und Sowjetunion und ihren jeweiligen Militärblöcken nie kam.

Am 1. Juli 1948 autorisierten die drei Westmächte die Ministerpräsidenten ihrer Zonen einen westdeutschen Teilstaat zu gründen und eine Wahl zur Verfassunggebenden Versammlung durchzuführen. Die Ministerpräsidenten lehnten aber eine solche Wahl ab. Stattdessen setzten einen Parlamentarischen Rat durch, der von den Landtagen gewählt wurde. Die Mitglieder des Rates trafen sich am 1. September 1948 in Bonn. Da genehmigten sie den Verfassungsentwurf, der vorher von den Experten der Länder ausgearbeitet worden war. Nach der Zustimmung der drei Westmächte wurde das Grundgesetz durch den Parlamentarischen Rat verabschiedet. Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz verkündet und trat am folgenden Tag in Kraft. Damit war die Bundesrepublik Deutschland gegründet.⁹

Am 6. und 7. Dezember 1947 traf sich in Berlin der „Deutsche Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden“ dessen Delegierten aus der politischen Initiative SED¹⁰, aus den Reihen der politischen Parteien und Massenorganisationen der Sowjetzone gewählt wurden. Nur ein kleiner Teil kam aus den westlichen Zonen.

Wegen der offensichtlichen Tendenzen der westlichen Mächte, einen separaten westlichen Staat zu gründen, forderte der Kongress die Vorbereitung eines Friedensvertrages und die Gründung einer gesamtdeutschen Regierung aus den Vertreter aller demokratischen Parteien.

Am 17.-18. März 1948 lehnte der Kongress den Marshallplan ab und gründete den „Deutschen Volksrat“. Der Verfassungsausschuss dieses Rates ausarbeitete später die Verfassung der „Deutschen Demokratischen Republik“ aus die am 22. Oktober 1948, trotz größerer Proteste der deutschen Bevölkerung, vom Deutschen Volksrat verabschiedet und am 19. März 1949 formal erklärt wurde.

Nachfolgend wählte der Volkskongress den Zweiten Deutschen Volksrat, der sich am 7. Oktober 1949 versammelte, um sich zur provisorischen Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik erklären zu können.

Gleichzeitig wählte sie am 11.10.1949 Wilhelm Pieck zum Staatspräsidenten und am 12.10.1949 Otto Grotewohl zum Ministerpräsidenten der DDR.

Damit entstand die Deutsche demokratische Republik.

⁹ Quelle: GÖRTEMAKER, Manfred. *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: von der Gründung bis zur Gegenwart*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 2004, 915 s. ISBN 359616043x.

¹⁰ SED = Sozialistische Einheitspartei Deutschlands.

1.3 Erste Jahre des geteilten Deutschlands und die Berliner Mauer

Die 50er Jahre des 20. Jahrhunderts spielten für die BRD, aus der Sicht der neuen Konzeption der parlamentarischen Demokratie, eine entscheidende Rolle.

In dieser Zeit bildeten sich in der BRD neue Prinzipien der Wirtschaft, die Bundesrepublik wurde zugleich auch in die westlichen internationalen Organisationen aufgenommen – in die NATO¹¹ und in die Europäischen Gemeinschaft¹².

Im September 1949 wurde der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer gewählt. Zusammen mit Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard stand er für das sog. „Wirtschaftswunder in der BRD“. Die Außenpolitik des Bundeskanzlers war zwar sehr westlich orientiert, zugleich war für ihn aber die Wiedervereinigung Deutschlands „in Frieden und Freiheit“ das höchste politische Ziel. Je mehr sich aber der Kalte Krieg verschärfte, desto unwahrscheinlicher war, dass sich dieses Ziel erfüllen wird.

In der DDR war die Situation ganz anders. Das Ziel der SED war hier den Sozialismus nach dem Vorbild der Sowjetunion aufzubauen. Außerdem setzte der Generalsekretär der SED Walter Ulbricht immer stärker die Konzeption der „zwei separaten Staaten“ durch.

Ein großer Teil der Bevölkerung war mit den bestehenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen nicht einverstanden. Das zeigte sich in den ersten Jahren besonders stark beim Volksaufstand am 17. Juni 1953, der von den sowjetischen Soldaten niedergeschlagen wurde. Auch die massive Abwanderung der Bürger in die moderne und offene BRD galt als Beweis der Unzufriedenheit.

Die BRD wollte die DDR nicht als autonomen Staat anerkennen, mit der Begründung, dass in der BRD eine demokratisch gewählte Regierung regiert, während in der DDR eine parteiliche Diktatur an der Macht ist. In diesem Zusammenhang wurde in der BRD im Jahr 1955 die „Hallstein-Doktrin“ ausarbeitet, die zugleich auch als der Grundsatz ihrer Außenpolitik formuliert wurde. Diese Doktrin besagte, dass die BRD keine diplomatischen Beziehungen mit den Staaten, die diplomatischen Beziehungen mit der DDR haben, aufnehmen wird.

¹¹ NATO = ist ein Atlantisches Militärbündnis, eine Internationale Organisation von 28 europäischen und nordamerikanischen Staaten.

¹² Europäische Gemeinschaft = war eine Internationale Organisation die zugleich eine von den drei wichtigsten Säulen der Europäischen Union ist.

Nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland entsandte die Berliner SPD den jungen Politiker als Abgeordneten in den Bundestag nach Bonn. Zu dem war Brandt ab 1950 in West-Berlin Mitglied des Abgeordnetenhauses, dessen Präsident er 1955 wurde.

Nach dem Tod von Otto Suhr, der seit 1953 Regierender Bürgermeister von Berlin gewesen war, wurde Brandt als regierender Bürgermeister des freien Westens der Stadt gewählt. Bevor er aber das Amt übernehmen konnte, musste Brandt harte innerparteiliche Auseinandersetzungen bestehen. 1952 und 1954 verlor er das Duell um den Parteivorsitz in Berlin. Aber 1957 setzte er sich gegen Neumann¹³ durch, der alles versuchte, um Willy Brandt als regierenden Bürgermeister zu verhindern.

Im November 1958 verlangte der sowjetische Parteichef Nikita Chruschtschow den Abzug der in West-Berlin stationierten Truppen der USA, Großbritanniens und Frankreichs binnen sechs Monaten. West-Berlin sollte in eine „entmilitarisierte freie Stadt“ umgewandelt werden. Im Falle der Ablehnung wurde die Sowjetunion die Rechte der drei Westmächte in Berlin und über Deutschland als Ganzes nicht mehr anerkennen.

Die NATO-Mitglieder lehnten die Forderungen und das Ultimatum eindeutig ab und Willy Brandt sagte dazu: „Es ist das erkennbare Ziel der kommunistischen Politik, ganz Berlin in die sogenannte DDR einzugliedern.“¹⁴ Durch sein ebenso besonnenes wie entschlossenes Auftreten in dieser neuen Berlin-Krise wurde Willy Brandt weit über die Grenzen Deutschlands hinaus berühmt.

Die offene Sektorgrenze zwischen West- und Ost-Berlin war ab Mai 1952 die letzte Lücke im „Eisernen Vorhang“. Über diesen Weg verließen bis 1961 mehr als 2 Millionen Menschen die DDR in Richtung Westen.

Es war verursacht vor allem einerseits wegen der landwirtschaftlichen Kollektivierung und Verstaatlichung der privaten Wirtschaft in der DDR und andererseits wegen des „Wirtschaftswunders“ in der BRD.

Weil die Massenabwanderung die Existenz der DDR bedrohte, wollten die Machthaber im Osten dieses Fluchttor schließen. Am 13. August 1961 riegelte das SED-Regime mit Zustimmung der Sowjetunion die Berliner Sektorgrenze ab und baute um West-Berlin eine Mauer.

¹³ Franz Neumann = Vorsitzender der Berliner SPD in Jahren 1946 - 1958. Viele Jahre Dauerrivale von Willy Brandt. Neumann hat die SPD als traditionelle Arbeitspartei erhalten, während Brandt sie für alle Schichten des Volkes öffnen mochte.

Diese Verletzung des Viermächtestatus der Stadt verurteilte Willy Brandt scharf. Von den drei Westmächten verlangte er, dem nicht tatenlos zuzuschauen. Doch sie garantierten nur den Schutz West-Berlins und schritten gegen den Mauerbau nicht ein.

Nach dem Mauerbau waren Ost- und West-Berlin völlig voneinander abgetrennt. Es war nicht mehr möglich, die andere Stadthälfte zu besuchen. Damit waren alle Hoffnungen und Diskussionen über die Wiedervereinigung beendet.

In dieser Zeit gewann Willy Brandt, im Unterschied zu Adenauer, große Sympathien der Berliner Bürger. Nach dem Mauerbau sagte Brandt alle seine Termine ab und fuhr gleich nach West-Berlin, um den Bürgern seine Solidarität auszudrücken, während der Bundeskanzler erst 9 Tage nach dem Mauerbau kam.

Brandt, der fürchtete, dass Berlin den Status der neutralen Stadt bekommen könnte, von der BRD völlig abgetrennt, erreichte mit seiner direkten Initiative bei dem US-Präsident Kennedy die Erneuerung der Garantie für Berlin. Das erreichte er durch einen Brief und machte sich damit wieder weltweit bekannt. Für viele Menschen fast unvorstellbar, dass ein Bürgermeister einem der mächtigsten Männer der Welt, dem amerikanischen Präsidenten, einen Brief schreibt, in dem er ihm noch indirekt wegen seiner Passivität kritisiert und selbstbewusst seine Forderungen vorlegte.

Dieser Brief war von Brandt ein riskanter aber sehr mutiger Schritt. In West-Deutschland wurde er dafür von vielen Leuten, vor allem von der CDU/CSU scharf kritisiert, da sie in dem Brief nur seine Bemühung sich vor den Kanzlerwahlen bemerkbar zu machen, sahen. Konrad Adenauer sprach in seiner Wahlkampagne wegen dieser „Kennedy-Sache“ über Willy Brandt sehr grob und nannte ihn „Brandt alias Frahm“.

Präsident Kennedy kritisierte Brandt für seine Dreistigkeit auch, trotzdem versprach er West-Berlin mehr Unterstützung. Das reflektierte sich auch im Jahr 1963 als Kennedy West-Berlin besuchte und seine berühmte Rede den Berliner vortrug, in der er den berühmten Satz sagte: „Ich bin ein Berliner“.

Die definitive Abtrennung der Stadt konnte man aber schon nicht mehr verhindern.

Willy Brandt wollte aber wenigstens ein endgültiges Auseinanderleben der Menschen verhindern. Langfristig strebte Brandt eine Politik der Entspannung zwischen Ost und West an. Darin sah er eine Chance, die Teilung Deutschlands und Europas allmählich zu überwinden, um die Mauer durchlässiger zu machen, brach der Regierende Bürgermeister ein

¹⁴ Quelle = *Dokumente zur Berlin-Frage, 1944-1966*. 4. Aufl. (unveränderter Nachdruck der 3. durchgesehenen und erw. Aufl.). München: R. Oldenbourg, 1987, S. 336. ISBN 348642324x.

Tabu: Der West- Berliner Senat verhandelte mit der Regierung der DDR. Im Dezember 1963 schlossen beide Seiten das erste Passierschein-Abkommen ab. Es erlaubte den West-Berlinern Verwandtenbesuche im Ostteil der Stadt.

Das Passierscheinabkommen vom 17. Dezember 1963 war das Resultat sehr schwieriger Gespräche zwischen Vertreter des West-Berliner Senats und der DDR-Regierung. Die Übereinkunft klammerte den politischen und juristischen Grundsatzstreit aus. Nach wie vor verweigerte jede Seite der anderen die rechtliche Anerkennung.

Bis zum 5. Januar 1964 besuchten 1,2 Millionen West-Berliner Verwandte in Ost-Berlin. Der Andrang bei den Antragsstellen und an den Grenzübergängen überstieg alle Erwartungen. Bis 1966 folgten noch drei weitere Passierscheinabkommen.

In Berlin spitzte sich in dieser Zeit der Kalte Krieg mehrmals gefährlich zu. Die sowjetische Blockade 1948/1949, die Berlin-Krise ab 1958 und der Mauerbau 1961 waren besonders prägende Erfahrungen für Willy Brandt. Leidenschaftlich verteidigte er West-Berlins Freiheit und kämpfte für die deutsche Einheit. Vor allem wollte Willy Brandt das Leben der Menschen erleichtern, die von der Trennung betroffen waren.

Wie vor ihm nur Ernst Reuter¹⁵ wurde Willy Brandt als überparteilicher Repräsentant Berlins anerkannt. Der Regierende Bürgermeister knüpfte enge Beziehungen zur Bundesregierung und zu den drei Schutzmächten, um die feste Anbindung der Stadt an die Bundesrepublik und den Westen zu sichern. Auch den Wiederaufbau und die Verbesserung der Infrastruktur trieb er voran.

In West-Berlin erzielte Brandt große Wahlerfolge. 1961 war er der seinerzeit populärste deutsche Sozialdemokrat erstmals Kanzlerkandidat der SPD. CDU/CSU- nahe Kreise starteten daraufhin im Wahlkampf eine Verleumdungs-Kampagne, in der sie Brandts nichteheliche Geburt, seine Rolle im Exil und sein Privatleben angeprangert haben.

1.4 Der Bundeskanzler Willy Brandt

Im Februar 1963 erhielt die SPD bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus 61,9 Prozent der Stimmen. Anschließend beendete Willy Brandt das langjährige Regierungsbündnis mit der CDU, die seine „Politik der kleinen Schritte“ ablehnte. Trotz ihrer

¹⁵Ernst Reuter = Oberbürgermeister Berlins im Jahr 1948 und großer Freund von Willy Brandt.

klaren absoluten Mehrheit schlossen die Sozialdemokraten in West-Berlin wieder eine Koalition. Erstmals war die FDP¹⁶ ihr Partner.

Im Februar 1964 wählte die SPD Willy Brandt als Nachfolger des verstorbenen Erich Ollenhauer zu ihrem Vorsitzenden. Für die Partei begann eine der erfolgreichsten Phasen ihrer Geschichte. Bei der Bundestagswahl 1965 erzielte Brandt als Kanzlerkandidat, wie schon vier Jahre zuvor, deutliche Stimmengewinne für die SPD. Dennoch unterlag er Bundeskanzler Ludwig Erhard (CDU), der seit 1963 in Bonn regierte. Daraufhin zog sich Brandt entmutigt zurück, verfiel in Depressionen und litt vorübergehend unter Erstickungsanfällen.¹⁷

An einem Konjunkturbruch scheiterte Ende 1966 die Regierung von Bundeskanzler Erhard. Durch das Zusammengehen mit der CDU/CSU regierte die SPD erstmals auf Bundesebene mit. Die Große Koalition reformierte die Wirtschaft und die Finanzverfassung neu an, beschloss die Notstandsgesetze und modernisierte zudem das Strafrecht.

Als neuer Bundeskanzler wurde Kurt Georg Kiesinger (CDU) gewählt und als sein Stellvertreter und Außenminister Willy Brandt. Beide Männer finden aber kein Vertrauen zueinander.

Zugleich arbeitete die DDR- Regierung weiter intensiv an der Separation von der BRD. Der Vorsitzende des Staatsrates Willi Stoph versuchte zwar zwischen 1967-1968 mit dem Bundeskanzler Kiesinger in Briefen die deutsch-deutsche Frage zu lösen, die DDR- Regierung war aber streng dagegen. Am 20. Februar 1967 gab sie das Gesetz über die „Staatsbürgerschaft der DDR“ heraus, in dem sie deklarierte, dass es bloß eine einzige einheitliche deutsche Staatsbürgerschaft gibt und zwar die in der DDR.

Im November 1968 verkündigte dazu Moskau die sog. „Breschnew-Doktrin“¹⁸, die u.a. den Mitgliedstaaten der Warschauer Pakt¹⁹ verbot, diplomatische Beziehungen mit der BRD aufzunehmen.

Als Vizekanzler und Außenminister in der Regierung fing Willy Brandt an, seine zu Beginn mit Egon Bahr – damals Leiter des Presse- und Informationsamts in Berlin –

¹⁶ FDP = Freie Demokratische Partei.

¹⁷ Quelle: MERSEBURGER, Peter. *Willy Brandt: 1913-1992 : Visionär und Realist*. Sonderausg. München: Dt. Verl.-Anst, 2006. ISBN 9783421042323.

¹⁸ Breschnew-Doktrin = eine Doktrin von dem sowjetischen Parteichef Leonid Breschnew, die festlegte, dass die Sowjetunion das Recht zum Eingriff bei der Bedrohung des Sozialismus in ihren sozialistischen Mitgliedsstaaten hat.

¹⁹ Warschauer Pakt = offiziell Warschauer Vertragsorganisation, war in 1955 bis 1991 ein militärischer Pakt des Ostblocks unter der Führung der Sowjetunion.

entwickelte Vision von einer die Westintegration ergänzenden Ostpolitik zu verwirklichen: Durch eine „Politik der kleinen Schritte“ und einen „Wandel durch Annäherung“ wollte er auf friedlichem Weg Verbesserungen vor allem für die Menschen in der DDR erreichen und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen in Ost und West stärken.

Diese neue Ostpolitik fand bei der CDU/CSU kaum Begeisterung. Die Union unterstützte zwar die Annäherung mit den Vertretern von Ost-Berlin, wesentliche Änderungen in der Außenpolitik wollte sie aber nicht zulassen.

Wegen den großen Widersprüchen innerhalb der Großen Koalition vor allem im Bereich der Außenpolitik, bildete nach den nächsten Bundestagswahlen am 28. September 1969 die Gewinnerpartei SPD eine Koalition mit der FDP.

Als Chef einer SPD-FDP-Regierung konnte Brandt seine Ostpolitik zum Erfolg führen.

Der Bundestag wählte Brandt im Oktober 1969 zum vierten Bundeskanzler in der Geschichte der Bundesrepublik. Sein Stellvertreter und Außenminister wurde Walter Scheel (FDP). Der neue Kanzler Willy Brandt will „mehr Demokratie wagen“ und Freiheitsrechte erweitern. Er forderte aber auch mehr Mitverantwortung ein.

Die sozial- liberale Koalition reformierte die Bundesrepublik weiter: Die Bildungschancen werden deutlich verbessert. Das Wahlalter sinkt auf 18 Jahre und Betriebsräte erhielten mehr Mitwirkungsrechte. Ein neues Ehe- und Familienrecht unterstützte die Emanzipation und die Gleichstellung der Frauen. Auch das erste Umweltschutz-Programm wurde auf den Weg gebracht.

Der Ausbau der Sozialversicherung gab vielen mehr Schutz bei Krankheit und erhöhte die Renten. Die Verschuldung des Staates stieg jedoch deutlich an.

Unter dem Vorsitzenden Willy Brandt entwickelte sich die SPD zur linken Volkspartei. Sechzehn Jahre trug sie in Bonn Regierungsverantwortung. Von 1969 bis 1980 bekam sie bei vier Bundestagswahlen stets mehr als 40 Prozent. 1976 hatte die Partei eine Million Mitglieder.

Seit dem Beginn der achtziger Jahre forderte Brandt eine stärkere Öffnung der SPD. Er wollte auch die Umwelt- und Friedensbewegung integrieren. Beim rechten Parteiflügel und in einigen Gewerkschaften stieß dies auf Widerstand.

1.5 Die Ostpolitik

Die Ostpolitik der BRD fing eigentlich schon im Jahr 1955 mit dem Bundeskanzler Adenauer und seinen diplomatischen Beziehungen zu Moskau an. Die konnten sich aber nicht weiter entwickeln, wegen der nicht Annerkennung der DDR, der Hallstein-Doktrin, Breschnew-Doktrin usw.

Auch die Große Koalition und die Bemühungen des Bundeskanzler Kiesinger brachten keinen großen Erfolg. Die einzige Ausnahme war Rumänien, mit dem die BRD im Jahr 1967 die diplomatischen Beziehungen aufnahm. Damit verlor die Hallstein-Doktrin ihren Sinn.

Der neue Bundeskanzler Brandt und der Außenminister Scheel waren fest entschlossen, die politischen Auseinandersetzungen zwischen der BRD und der DDR und weiteren Ländern des Ostblocks zu überwinden und damit auch Entspannung und Frieden in Europa zu erreichen.

Unter dem Bundeskanzler Brandt änderte die neue Bundesregierung grundsätzlich die Außenpolitik. Zum ersten Mal kannte die BRD die Existenz der DDR an. (Obwohl es nur de facto statt de jure²⁰ war).

Weiter gingen Willy Brandt und sein Berater Egon Bahr an, sich auf Moskau zu konzentrieren. Ihrer Meinung nach lag der Schlüssel zu der Frage der deutschen Einheit gerade da.

Am 19. März 1970 in Erfurt und am 21. Mai in Kassel traf sich Willy Brandt mit Willi Stoph. Es war das erste Treffen der Hauptpolitiker der beiden deutschen Staaten seit 1947.

In Kassel kam es zu Demonstrationen der Rechtsextremisten, die gegen die Entspannung waren und deswegen lief diese Besprechung, im Vergleich mit den relativ harmonischen Treffen in Erfurt, in sehr kalter Atmosphäre ab.

Die Standpunkte der beiden Seiten blieben nach den Treffen unverändert: die DDR beharrte weiter an die Vollanerkennung nach dem Prinzip des internationalen Rechts, der Bundeskanzler Brandt anerkannte aber bloß die Gleichberechtigung der BRD und DDR.

Die Verhandlungen gingen aber trotz der Unstimmigkeiten weiter und zwar zwischen den Staatssekretären. Das war vor allem den parallelen Besprechungen in Moskau geschuldet, wo ausdrücklich betont wurde, dass es nötig ist, die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten zu verbessern.

²⁰ De facto/ de jure = nach Tatsachen/ laut Gesetz.

Die Besprechungsvorbereitungen in Moskau führte seit dem Januar 1970 der Staatssekretär Egon Bahr. Diese Besprechungen liefen am Anfang sehr schwierig.

Als die BRD auf die Garantie der bestehenden Grenzen einging, wie es der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko forderte, war die sowjetische Regierung bereit, die Forderung auf die Vollanerkennung der DDR nach dem Prinzip des internationalen Rechts zu verzichten.

Diese Vereinbarung wurde in der BRD von der Opposition besonders scharf kritisiert.

Am 12. August 1970 in Moskau unterzeichneten die Regierungschefs Brandt und Kosygin und die Außenminister Scheel und Gromyko ein Abkommen (später als „Moskauer Vertrag“ bekannt), in dem sich die Bundesrepublik Deutschland und die Sowjetunion zu Gewaltverzicht und Zusammenarbeit verpflichteten. Vor der Unterzeichnung des Vertrags ging noch der „Brief zur deutschen Einheit“ voraus, in dem Außenminister Schell an sein Gegenstück Gromyko feststellte, dass der Vertrag *„nicht im Widerspruch zu dem politischen Ziel der Bundesrepublik Deutschland steht, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.“*²¹

Der „Moskauer Vertrag“ galt als Auftakt der so genannten „Ostverträge“ die danach beschlossen wurden.

Am 7. Dezember 1970 folgte der „Warschauer Vertrag“ mit der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen. Die Vertragspartner erklärten alle Grenzen in Europa für unverletzlich. Das galt insbesondere für die Oder-Neiße-Grenze zwischen Polen und Ostdeutschland.

In der Anlage des Vertrags äußerte die polnische Regierung auch die Bereitschaft, die Bürger mit unbestreitbarer deutscher Nationalität, im Interesse der Familienzusammenführung, in die BRD ausreisen zu lassen.

Der Warschauer Vertrag wurde von der Opposition besonders scharf kritisiert. Die CDU/CSU befürchtete, dass mit dem Vertrag nicht nur die Oder-Neiße-Grenze, sondern auch die DDR als zweiter deutscher Staat anerkannt werde. Außerdem argumentierte sie, dass die Regierung der Bundesrepublik gar nicht berechtigt ist, auf die Gebiete der Oder-Neiße-Grenze zu verzichten.

²¹ Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 8. November 1972, Nr. 155, S. 1842-1844.

Unmittelbar vor der Unterzeichnung des Warschauer Vertrags entstand wahrscheinlich das berühmteste Foto Willy Brandts.

Im Foto, auf dem er wortlos vor dem Ehrenmal der Helden des Ghettos auf die Knie fällt, bekannte der Bundeskanzler die Schuld und die Verantwortung der Deutschen für den Völkermord an den Juden und für die Verbrechen an der polnischen Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg. Das Foto ging um die Welt.

Bei dem polnischen Volk wurde die Geste mit Verständnis aufgenommen, bei den Bundesbürgern war die Geste sehr umstritten. Einer Umfrage zufolge hielt Ende 1970 eine knappe Mehrheit den Kniefall für übertrieben.

Für seine Ostpolitik wurde Willy Brandt am 10. Dezember 1971 in Oslo mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Im Zusammenhang mit der Entspannung zwischen Ost- und Westeuropa fingen im März 1970 die Besprechungen der vier Siegmächte des Zweiten Weltkriegs in Berlin an. Das Hauptthema der Besprechungen war die Ordnung der neuen Verhältnisse in Berlin. Die Botschafter der USA, Großbritannien, Frankreichs und der sowjetischer Botschafter aus der DDR trafen sich in Bonn. Das Hauptproblem das unbedingt gelöst werden musste, war der Verkehr zwischen BRD und West-Berlin. Diese Verkehrsverbindung war wegen der vorherigen Konflikten (Chruschtschow Ultimatum, Berliner Mauer usw.) wiederholt verletzt worden.

Am Anfang machten diese Besprechungen keinen Fortschritt. Die Moskauer und Warschauer Verträge, die die Spannung zwischen den westlichen und östlichen Mächten deutlich milderten, halfen aber später am 3. September 1971 das „Viermächteabkommen über Berlin“ von den vier Botschaftern unterzeichnen zu lassen. Es war das erste Regierungsabkommen der Alliierten Mächten seit Beginn des Kalten Krieges.

Die Regierung der Sowjetunion erklärte u.a. in diesem Dokument, dass: *„der Transitverkehr von zivilen Personen und Gütern zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland auf Straßen, Schienen- und Wasserwegen durch das Territorium der Deutschen Demokratischen Republik ohne Behinderungen sein wird, dass dieser Verkehr erleichtert werden wird, damit er in der einfachsten und schnellsten Weise vor sich geht und dass er Begünstigung erfahren wird.“*²²

²² Quelle: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.), Zehn Jahre Deutschlandpolitik, Bonn 1980, S. 158 ff.; S. 188/89.

Weitere wichtige Bestimmungen des Viermächteabkommens erklärten, dass: *„die Regierungen der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs und der Vereinigten Staaten von Amerika die Bindungen zwischen den Westsektoren Berlins und der Bundesrepublik Deutschland aufrechterhalten und entwickelt werden, wobei sie berücksichtigen, dass diese Sektoren so wie bisher kein Bestandteil (konstitutiver Teil) der Bundesrepublik Deutschland sind und auch weiterhin nicht von ihr regiert werden.“*²³

Die Situation in Berlin und rund Berlin, die ca. ein Vierteljahrhundert ein Mittelpunkt der Konflikte war, verbesserte und stabilisierte sich durch diese Abkommen stark.

Am 21. Dezember 1972 wurde anschließend an die Moskauer und Warschauer Verträge noch der sog. Grundlagenvertrag unterzeichnet. Es war ein Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR. Zwanzig Punkte, die Willy Brandt schon im Mai 1970 in Kassel dem Staatsminister Stoph vorlegte, dienten als Vorlage für diesen Vertrag. Unter anderem vereinbarten in diesem Vertrag Bonn und Ost-Berlin die Aufnahme gleichberechtigter, gutnachbarlicher Beziehungen. Aber an der Einheit der Nation hielt die Regierung Brandts fest. Ihr Standpunkt blieb, dass die Bundesrepublik und die DDR füreinander nicht Ausland sein können.

Die Verbesserungen im Reiseverkehr von und nach Berlin und die DDR sowie hunderte Familienzusammenführungen förderten den Zusammenhalt im geteilten Deutschland. Während die Zahl der Reisen von West nach Ost ab 1972 stark zunahm, gab es in der Gegenrichtung jahrelang kaum Zuwächse. Mit wenigen Ausnahmen durften nur Rentner ihre Verwandten im Westen besuchen. Das änderte sich erst ab 1984.

Nach dem am 11. Dezember 1973 mit der Tschechoslowakei abgeschlossenen „Prager Vertrag“ unterhielt die Bundesrepublik nun zu den allermeisten Staaten des Warschauer Paktes diplomatische Kontakte, was zehn Jahre zuvor noch kaum vorstellbar erschien.

In der Bundesrepublik kritisierten CDU und CSU die sozial-liberale Ostpolitik als Ausverkauf nationaler Interessen. Wegen der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze griffen die Vertriebenenverbände den Bundeskanzler besonders scharf an. Sie warfen Willy Brandt Verrat vor und wollten nicht auf die ehemaligen deutschen Ostgebiete verzichten.

²³ Quelle: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.), *Zehn Jahre Deutschlandpolitik*, Bonn 1980, S. 158 ff.; S. 188/89.

International fand aber Brandts Ostpolitik große Zustimmung. Sie formte ein neues Deutschlandbild. Die Bundesrepublik fügte sich ein in bereits laufenden Bemühungen um eine Ost-West-Entspannung und wurde zu einem Motor dieses Prozesses.

Der deutsch-sowjetische Vertrag über Gewaltverzicht und Zusammenarbeit öffnete der Bundesrepublik Deutschland den Weg zur Verständigung mit den Staaten Osteuropas.

Ohne die Anerkennung der bestehenden Grenzen würde es zu keiner politischen Zusammenarbeit mit der DDR kommen. Für die BRD war die Wiedervereinigung Deutschlands weiterhin von Bedeutung und laut Grundgesetz das Hauptziel, das wieder möglich schien. Die Regierung der BRD hoffte, dass die DDR mit Zustimmung der Sowjetunion reformiert werden könnte.

Durch menschliche Erleichterungen und Entspannungen der Grenzen sollte die Idee der Wiedervereinigung wieder zur Sprache kommen. Dieser sog. „Wandel durch Annäherung“ hatte grundlegend das Ziel, zwischen den beiden deutschen Staaten gutnachbarliche Beziehungen zu entwickeln und zusätzlich eine globale Entspannung des Kalten Kriegs begünstigen.

Im September 1973 wurden beiden deutschen Staaten gleichzeitig in die Vereinten Nationen aufgenommen. Vor der UNO²⁴-Vollversammlung erklärte Willy Brandt die Bereitschaft der Bundesrepublik, weltpolitische Mitverantwortung zu übernehmen. In seiner Rede rief der Bundeskanzler alle Staaten dazu auf, den Krieg zu ächten und gemeinsam die Armut in der Welt zu bekämpfen.

1.6 Kritik von der Opposition

Bei der Mehrheit der Deutschen war Willy Brandt sehr beliebt. Er pflegte einen neuen Regierungsstil: reformfreudig, glaubwürdig, weltoffen. Gerade junge Leute setzten große Hoffnung in ihn.

Starke Unterstützung erhielt der Bundeskanzler von linksliberalen Medien sowie von Schriftstellern, Künstlern und anderen Intellektuellen. Günter Grass war der Kopf der Sozialdemokratischen Wählerinitiative, der sich viele Bürger anschlossen.

²⁴ UNO = Organisation der Vereinten Nationen. Ihre Hauptziele sind: Sicherung des Weltfriedens, Einhaltung des Völkerrechts, Schutz der Menschenrechte und die Förderung der internationalen Zusammenarbeit.

Aber ein nicht geringer Teil der Bevölkerung begegnete Brandt mit Ablehnung und sogar mit offenem Hass. Rechtsextreme Gruppen starteten erneut Hetzkampagnen.

Die harte Auseinandersetzung um die Ostpolitik vertiefte den Graben zwischen Anhängern und Gegnern Brandts.

Die CDU/CSU bekämpfte ständig die Ostverträge und gewann im Lauf der Zeit einige Bundestagsabgeordnete, die von der FDP- zur CDU/CSU-Fraktion wechselten, bis die Mehrheitsverhältnisse den Sturz des Bundeskanzlers durch ein konstruktives Misstrauensvotum möglich machten.

Die Fraktion argumentierte damit, dass die Bundesregierung in jeweiligen Bundesländern für ihre Politik keine nötige Mehrheit hat. (In Baden-Württemberg gewann die CDU/CSU 1972 absolute Mehrheit).

Die Abstimmung im Bundestag am 27. April 1972 verfolgten Millionen Deutsche. Spontan kam es zu Arbeitsniederlegungen und zu Sympathiekundgebungen für Brandt.

So viele wie nie zuvor engagierten sich politisch. Die Begeisterung für Willy Brandt prägte den Wahlkampf. Mit 45,8 Prozent erzielte die SPD das beste Ergebnis ihrer Geschichte. Auch aus Wählergruppen, die der Sozialdemokratie traditionell fern standen, erhielt sie viele Stimmen. Bei den Jüngeren lag die SPD weit vorn. In Folge des großen Wahlsieges konnten Willy Brandt und Walter Scheel die sozial-liberale Koalition fortsetzen.

Während SPD und FDP mit Brandt jubelten, waren Barzel und die CDU/CSU geschockt. Barzel bekam statt den nötigen 249 Stimmen nur 247. Gerüchte über Bestechung machten die Runde. Erst nach 1990 wurde enthüllt, dass die DDR 1972 zwei Unionsabgeordneten 50 000 DM gezahlt hatte, damit Brandt Kanzler bleibt. Ungeklärt ist, ob auch die Opposition oder die Regierungsfractionen zur Mehrheitsbeschaffung Geld eingesetzt haben.

In dem konstruktiven Misstrauensvotum scheiterte der Herausforderer Rainer Barzel (CDU/CSU) zwar, aber die Pattsituation zwischen Regierung und Opposition war doch nicht zu übersehen. Um sie zu überwinden, strebte Willy Brandt Neuwahlen an. Sie fanden am 19. November statt, waren von einer breiten Begeisterung für Willy Brandt geprägt und machten die SPD erstmals zur stärksten Bundestagsfraktion. Nun konnte Willy Brandt mit einer soliden Mehrheit (271 Abgeordnete gegen 225 Abgeordnete aus CDU/CSU) weiterregieren.

1.7 Krise der Regierung

Nach der Wahl 1972 mussten SPD und FDP ihre Reformziele zurückschrauben. Denn das Jahr 1973 brachte unerwartet viele Schwierigkeiten: internationale Währungsturbulenzen, Inflation, Terrorismus und Ölkrise. Auch die Ostpolitik geriet ins Stocken.

Die Wirtschaftskrise, die vor allem die westlichen Wirtschaftsstaaten traf, verursachte, dass die Arbeitslosigkeit in der BRD im Jahr 1974 über mehr als eine halbe Million stieg, in Jahren 1975-1977 war es schon über ein Million.

Probleme erschienen auch innerhalb der SPD. Seit Anfang des Jahres 1973 kritisierten den Bundeskanzler Brandt auch Abgeordnete aus der eigenen Partei.

Seit 1966 stand in der Führung der SPD die sog. „Troika“ - Willy Brandt, Helmut Schmidt und Herbert Wehner. Diese drei Männer fanden meist eine gemeinsame Linie. Doch nach dem Wahlsieg 1972 wuchsen zwischen den drei die Spannungen. Schmidt hielt Brandts Umgang mit den jungen Linken, die massenhaft in die SPD eintraten, für zu lax.

Das Verhältnis zwischen Wehner und Brandt war nachhaltig gestört. Es erreichte den Tiefpunkt, als sich der Fraktionschef Wehner während eines Moskau-Besuchs im September 1973 vor Journalisten sehr abfällig über den Kanzler Brandt äußerte.

Die Kritik am Führungsstil Willy Brandts nahm zu und Misserfolge ließen sein Ansehen sinken.

1.8 Spionageaffäre und Rücktritt

Der Höhepunkt der Krise und eigentlich auch das Ende der SPD-Regierung war die Spionageaffäre mit dem Kanzlerreferent Günter Guillaume, der später verhaftet wurde und als DDR-Spion enttarnt wurde.

Günter Guillaume arbeitete seit Ende 1972 als einer von drei Referenten in Willy Brandts Kanzlerbüro. Nach außen war er ein loyaler Mitarbeiter, tatsächlich war Guillaume aber ein Offizier des DDR- Geheimdienstes.

Obwohl im Mai 1973 erstmals Verdachtsmomente auftauchten, erhielt Brandt vom Präsident des Verfassungsschutzes den Rat, seinen Referenten nicht zu versetzen.

Am 24. April 1974 wurde Guillaume verhaftet. Bald gingen Gerüchte um, dass er Verfängliches über das Privatleben des Kanzlers wusste. Es sollte sich über die kompromittierende Beziehung des Bundeskanzlers mit der Journalistin Heli Ihlefeld handeln.

Als sich zeigte, dass die politische Gegner die Affäre benutzen wollten, um den Bundeskanzler zu diskreditieren und als Herbert Wehner ihn auf den Inhalt ansprach und eine

Pressekampagne dazu anließ, entscheidet sich Willy Brandt die politische Verantwortung für die Affäre zu übernehmen und am 6. Mai 1974 zurückzutreten. Seine Anhänger waren geschockt.

Zwölf Tage später wurde der bisherige Finanzminister Helmut Schmidt als Bundeskanzler gewählt.

Günter Guillaume und seine Frau wurden für Landesverrat zu 13 und 8 Jahre Gefängnis verurteilt und im Jahr 1981 in die DDR ausgewiesen.

Willy Brandt trat zwar als Bundeskanzler zurück, in der Politik engagierte er sich aber weiter. Er blieb Vorsitzender der SPD und führte die Partei weiterhin.

Zwischen Mai und September 1974 brachte Brandt seine Kenntnisse, Rückschlüsse und Mutmaßungen über die Spionageaffäre Guillaume auf 43 Seiten handschriftlich zu Papier. Fast zwanzig Jahre befanden sich die Notizen in einem versiegelten Umschlag.

Im Januar 1994 wurden sie erstmals veröffentlicht. Aus der Sicht von Willy Brandt war Herbert Wehner die Schlüsselfigur in diesem Fall. Brandt verdächtigte ihn, um die Ablösung des Bundeskanzlers zu erreichen, hatte Wehner ab 1973 insgeheim mit dem Staats- und Parteichef der DDR Erich Honecker, zusammengewirkt. Bis heute gibt es jedoch keine Beweise für diese Vermutung.

1.9 Ostpolitik nach dem Rücktritt

Der neue Bundeskanzler Schmidt führte die Ostpolitik, die Brandt und Scheel angingen, weiter. Genau wie während Brandts Regierung bekämpfte aber die Opposition auch die Politik Schmidts.

In der DDR übernahm im Jahr 1976 Erich Honecker die Stelle des Generalsekretärs von Walter Ulbricht. Nach dem Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der BRD und der DDR im Jahr 1972 war die DDR fast schon in allen anderen Staaten diplomatisch anerkannt. Trotzdem sie auch 1973 in die UNO aufgenommen wurde, machte die SED weiter ihre Separationspolitik. Je mehr die BRD die deutsche Einheit und mehr Kontakte zwischen Bürger der beiden Länder anstrebte, desto intensiver betonte die DDR die Unterschiede im politischen und gesellschaftlichen Leben zwischen den beiden Staaten. Viele Organisationen und Institutionen in DDR änderten die Namen und löschten Wörter wie „deutsch/deutsche“ oder „Deutschland“. Im Jahr 1974 ließ sie den Begriff „deutsche Nation“ aus der deutschen demokratischen Verfassung ganz weg.

Wesentliche Bedeutung für die DDR und die anderen Staaten des Ostblocks hatten die Schlussakten, die im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), am 1. August 1975 von den 35 Staaten unterschrieben wurden. Die unterzeichnenden Staaten verpflichten sich damit zur Unverletzlichkeit der Grenzen, zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, sowie zur Wahrung der Grund- und Menschenrechte. Außerdem wurde eine Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Umwelt vereinbart.

Damit wurden erstmals die Grenzen der DDR und anderen osteuropäischen Staaten in einem internationalen Vertrag anerkannt.

Der Teil über die Menschenrechte wurde zu erst von vielen sozialistischen Staaten nicht ernst genommen. In dem Prozess der Wiedervereinigung spielte er aber später eine große Rolle, da er als Grundlage für die Arbeit der osteuropäischen Bürgerbewegungen diente, die sich auf Akte von Helsinki später oft beriefen.

Die Bundesregierung unter der Führung des Bundeskanzlers Schmidt versuchte die Wirtschaftskrise zu mildern und zu überwinden. Die Bundesregierung fing an, regelmäßig an den Wirtschaftskonferenzen der hoch entwickelten westlichen Staaten teilzunehmen. Sie schaffte es auch die Zusammenarbeit mit manchen kommunistischen Ländern aufzunehmen.

Nach der Bundestagswahl 1980 gewann wieder die sozial-liberale Koalition aber die Politik der Bundesregierung verlor immer mehr ihren sozialdemokratischen Charakter.

Die Kluft zwischen dem Bundeskanzler und der Bundesregierung, die weiter Willy Brandt führte, wurde immer größer. Heftige Auseinandersetzungen um die Wirtschafts- und Finanzpolitik führten 1982 zum Bruch der sozial-liberalen Koalition.

Die FDP wechselte danach, wegen Problemen innerhalb der Fraktion, ihren Koalitionspartner, nämlich zur CDU/CSU. Dies ermöglichte es durch ein Misstrauensvotum am 1. Oktober 1982 den Helmut Kohl (CDU) als neuen Bundeskanzler zu wählen.

Die Sozialdemokraten mussten in die Opposition gehen. Willy Brandt war weiter als SPD-Vorsitzender und Bundestagsabgeordneter politisch aktiv und stützte die sozial-liberale Regierung von Helmut Schmidt. Erst 1987 gab er dieses Amt ab und wurde Ehrenvorsitzender der SPD.

Helmut Kohl und seine Regierung führte die Politik der sozial-liberalen Koalition und die Beziehungen mit der DDR weiter.

Die Intervention der sowjetischen Armee in Afghanistan im Jahre 1979 verschlechterte die Beziehungen zwischen Ost und West stark. Die Spannungen verschärften sich auch in Polen, wo im Jahre 1980 nach einer Massendemonstration die staatsunabhängige gewerkschaftliche Organisation „Solidarność“ (Solidarität) entstand. Es drohte, dass die Sowjetunion in Polen militärisch eingreifen wird.

Auch durch die Politik des neuen amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan (seit Januar 1981) verschlechterte sich die Beziehung zwischen der USA und der Sowjetunion deutlich.

Nach dem Besuch des Bundeskanzlers Schmidt in der DDR im Februar 1982, führte die DDR-Regierung Erleichterungen für Ausreisen nach der BRD ein.

Im Zusammenhang mit dem Kalten Krieg und der Diskussion über der Platzierung der amerikanischen Raketen in der BRD, betonten beiden deutschen Staaten, dass von deutschen Boden nie wieder ein Krieg beginnen darf und beide sprachen sich für die gemeinsame Verantwortung für die Bewahrung des Friedens aus.

Auch Willy Brandt stemmte sich leidenschaftlich zu Beginn der achtziger Jahre gegen das atomare Wettrüsten der USA und der Sowjetunion.

Im Jahr 1976 wurde Brandt der neue Präsident der Sozialistischen Internationale²⁵, der Vereinigung sozialdemokratischen Parteien. An der Spitze der SI engagierte er sich weltweit für Frieden, Demokratie und Menschenrechte.

Als Spitzenkandidat der SPD zog Willy Brandt 1979 auch in das erstmals direkt gewählte europäische Parlament ein.

Die Sozialistische Internationale war aber nahezu bedeutungslos, als sie Willy Brandt 1976 zu ihrem Präsidenten wählte. Doch durch ihn fand die SI wieder Gehör in der Welt.

Mitte der siebziger Jahre unterstützte Brandt mit ganzer Kraft die jungen Demokratien in Portugal und Spanien. In Lateinamerika stellte sich der SI-Präsident an die Seite derer, die um Freiheit und soziale Gerechtigkeit kämpften. In den achtziger Jahren machte er sich besonders für das Ende des rassistischen Apartheid-Regimes in Südafrika stark.

Weniger Erfolg hatten Brandts Versuche, im Nahen Osten Frieden zu stiften. Doch im Herbst 1990 erwirkte er im Irak die Freilassung westlicher Geiseln.

²⁵ Sozialistische Internationale = ein Zusammenschluss von sozialistischen und sozialdemokratischen politischen Parteien und Organisationen der ganzen Welt, der im Jahr 1951 gegründet wurde.

Während der siebziger Jahre nahm die Kluft zwischen den wohlhabenden Staaten im Norden und den ärmeren Ländern im Süden dramatisch zu.

Um den Konflikt zu entschärfen, gründete Willy Brandt 1977 eine internationale Nord-Süd-Kommission aus verschiedenen Politikern und Experten. 1980 veröffentlichte sie einen weltweit beachteten Bericht, der das gemeinsame Interesse aller Staaten an Entwicklung und Frieden hervorhebt.

Zwar begrüßten viele Regierungen den „Brandt-Report“, aber seine Handlungsempfehlungen setzten sie kaum um. Der erste Nord-Süd-Gipfel 1981 brachte keine Fortschritte. Brandt ließ sich davon nicht ermutigen. Immer wieder forderte er, weniger Geld für Rüstung und deutlich mehr für Entwicklungshilfe auszugeben.

Der Nord-Süd-Bericht machte zahlreiche Vorschläge. Die Entwicklungshilfe der Industriestaaten sollte bis 1985 auf 0,7 % und bis 2000 auf 1 % des Bruttoinlandsprodukts steigen. Empfohlen wurden auch der Abbau von Handelshemmnissen und eine Reform der Weltwirtschaftsordnung.

Besondere Aufmerksamkeit fand Willy Brandts Einleitung. Als Antwort auf die Gefahren und Herausforderungen der zunehmenden Globalisierung forderte er eine neue Art von internationaler Zusammenarbeit: eine „Weltinnenpolitik“

Im Jahr 1983 legte die Nord-Süd-Kommission einen zweiten Bericht vor, der sich mit der internationalen Finanzkrise befasste. Die Nord-Süd-Frage ließ Willy Brandt nicht mehr los. Er kritisierte scharf, dass das Wettrüsten weitergeht und das Problem des Hungers ungelöst ist. Deshalb gründete Brandt 1986 in Bonn die Stiftung Entwicklung und Frieden.

2. Willy Brandts Rolle im Einheitsprozess seit 1989

Im Jahr 1985 wurde Michail Gorbatschow der neue Generalsekretär der KPdSU²⁶. Unter der Losung „Perestroika“ (Umbau) begann mit ihm in der Sowjetunion die Politik der großen und tiefen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Änderungen. Gorbatschow wollte damit den Kommunismus grundlegend reformieren.

In der Wirtschaft, die im Vergleich zum Westen stark rückständig war, wollte er mehr Produktivität erreichen und das vor allem durch die Aufhebung der Zentralplanung.

Im politischen Bereich sollte mehr Demokratie zum Wort kommen, obwohl das Machtmonopol der KPdSU erhalten bleiben sollte.

Dieser ganze Reformprozess sollte mit einer öffentlichen gesellschaftlichen Diskussion unterstützt werden, in der unter der Losung „Glasnost“ (Offenheit) die neue Rolle der Presse und anderen Medien definiert wurde.

Der Umbau der sowjetischen Politik und die allmähliche Lockerung der alten kommunistischen Machtstruktur beeinflusste wesentlich die politische Situation in anderen Staaten des Ostblocks. Den osteuropäischen Staaten gestand er erstmals zu, dass sie ihren eigenen Weg gehen dürften. Das war revolutionär.

Die DDR-Führung lehnte Gorbatschows Kurs strikt ab und wollte in ihrer bisherigen dogmatischen Richtung weiterregieren. Im Wirtschaftsbereich argumentierte die SED damit, dass die DDR schon lange mehrere von der Gorbatschows Reformschritten durchführte und nicht so schlechte Wirtschaftsergebnisse wie die Sowjetunion hat.

Das war aber nicht die Wahrheit. Es stimmte schon, dass die Lebensniveau in der DDR viel höher war, als in der Sowjetunion, aber die globale Wirtschaftskrise und eigene Wirtschaftsprobleme destabilisierten immer mehr die Führungsposition der SED. Dazu verglichen die DDR-Bürger ihr Lebensniveau immer wieder mit der BRD und da gab es natürlich tiefe Unterschiede. Die Auswandererwelle von 31.000 Bürgern, die im Jahr 1984 genehmigt wurden bestätigte nur die Unzufriedenheit der Bürger.

Die Ausreisefrage, egal ob Auswanderung oder nur der Besuch von Verwandten in der BRD, wurde später Kern der Proteste. In der DDR wurden in den achtziger Jahren immer mehr Friedensbewegungen gegründet, die vor allem nach guten Beziehungen mit der BRD strebten.

Die Situation in der DDR verschärfte sich durch das harte Vorgehen der Stasi gegen die Protestierenden.

Die Enttäuschung durch die politischen Stagnation, der Unfähigkeit Reformen einzuführen, das Ausreisenverbot, der Wirtschaftsrückstand gegenüber der BRD und vieler anderer Probleme verschärften die immer größere Unzufriedenheit der DDR-Bürger. Noch dazu, wenn sie sahen, dass es in der Sowjetunion und anderen Länder des Ostblocks Änderungen gab.

Eine wesentliche Rolle für die deutsch-deutschen Beziehungen spielte der Staatsbesuch des Generalsekretärs der SED, Erich Honecker, in der BRD zwischen dem 7.-11. September 1987.

Honecker wurde im Bonn mit allen offiziellen Ehren empfangen, die dem Führer eines souveränen Staates zustehen. Der ganzen Welt wurde damit demonstriert, dass die BRD die DDR als souveränen und gleichberechtigten Staat anerkannte.

2.1 Zweite Phase der Ostpolitik

Zu Beginn der achtziger Jahre engagierte sich Willy Brandt politisch weiter, vor allem im Bereich der Außenpolitik. Das Thema der Menschenrechte und die Annäherung von Ost und West lagen ihm immer am Herzen. Im Juli 1979 traf er in Wien den österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky und Jassir Arafat, den Chef der Palästinensischen Befreiungsorganisation, zu einem Meinungsaustausch.

Weiter knüpfte er auch Beziehungen anderen kommunistischen Ländern. So traf sich Brandt, z. B. im Oktober 1984, auf Kuba auch mit dem Staatspräsidenten Fidel Castro. Ein Paar Monate später reiste er in die Volksrepublik China, wo er sich mit dem chinesischen Politiker Deng Xiaoping traf, der faktisch die Macht in der Republik hatte.

Willy Brandt fürchtete, dass die Sowjetunion und die USA durch immer mehr Atomwaffen einen alles vernichtenden Krieg auslösen könnten.

Auf seine Initiative führte die SPD ab 1983 Gespräche mit den kommunistischen Parteien des Ostblocks. Ziel dieser „zweiten Phase der Ostpolitik“ war, die Entspannung wieder zu beleben und Elemente einer europäischen Friedensordnung zu entwickeln. Mit der SED in der DDR erörterte die SPD, wie man gemeinsame Sicherheit und Abrüstung in Europa erreichen kann.

²⁶ KPdSU = Kommunistischen Partei der Sowjetunion.

Nach dem offiziellen Besuch Willy Brandts in Ost-Berlin im September 1985 bauten SPD und SED ihre Kontakte weiter aus. Zwei Jahre später verabschiedeten Vertreter beider Parteien ein umstrittenes Grundsatzpapier, mit dem Titel „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“, worin es u. a. hieß, dass keine Seite der anderen die Existenzberechtigung absprechen darf. Weiter hieß im Text darüber, dass Ost und West nicht darauf hoffen können, dass ein System das andere abschaffe, sondern dass innerhalb jedes Systems eine offene Diskussion über dessen Vorzüge und Nachteile möglich sein muss.“

Trotzdem ließ die SED-Führung auch weiter keine Kritik in der DDR zu und erwies sich als reformunfähig.

Um den Frieden in Europa zu sichern, suchten Brandt und die SPD verstärkt den Dialog mit den Machthabern im Ostblock. Besonders enge Beziehungen baute Brandt zu Michail Gorbatschow auf.

Nach ihrem ersten Treffen im Mai 1985 tauschten Brandt und Gorbatschow regelmäßig Briefe aus. Im Jahr 1986 schlug der sowjetische Parteichef den USA vor, alle atomaren und chemischen Waffen bis zum Jahr 2000 zu beseitigen und keine Waffen im Weltraum zu stationieren. Damit machte er ab 1985 den Weg für die nukleare Abrüstung frei.

Brandt ermunterte ihn, diese kühne Initiative weiterzuverfolgen. SPD und SED erarbeiteten derweil gemeinsam Pläne für chemie- und atomwaffenfreie Korridore in Mitteleuropa.

2.2 Beginn der Reformen

Mit Michail Gorbatschow begann der Demokratisierungsprozess des Ostblocks und das ermöglichte den Bürgern in diesen Ländern ihrer Unzufriedenheit freien Lauf zu lassen.

Angetrieben von den Bürgerrechtsbewegungen breiteten sich die Ideen von Freiheit und Demokratie aus. Der Sturz der kommunistischen Diktaturen Mittel- und Osteuropas vollzog sich 1989/1990 in meist friedlichen Revolutionen. Begeistert förderte Brandt das Zusammenwachsen Europas und die deutsche Einheit.

Im Januar 1977 unterzeichneten 242 Bürgerrechtler in der Tschechoslowakei die „Charta 77“²⁷. Unter Berufung auf die Schlussakte der KSZE²⁸ verlangen sie von der

²⁷ Charta 77 = eine Petition und später auch eine Bürgerrechtbewegung gegen die Menschenrechtsverletzungen des kommunistischen Regimes in der Tschechoslowakei, die im 1977 veröffentlicht wurde.

²⁸ KSZE = Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa.

kommunistischen Regierung in Prag die Einhaltung der Menschenrechte. Doch die Regimekritiker wurden drangsaliert, verhaftet oder ausgebürgert.

Im August 1980 gründete sich nach einer Streikwelle in Polen die erste freie Gewerkschaft im Ostblock: die Solidarnosc (Solidarität). Nach ihrem Verbot infolge des Ende 1981 verhängten Kriegsrechts machte die polnische Oppositionsbewegung im Untergrund weiter.

Auch in Ungarn begann ein Demokratisierungsprozess. Im Januar 1989 verabschiedete das ungarische Parlament die Entstehung der neuen politischen Parteien und am 25. April verließen Ungarn die ersten sowjetischen Soldaten.

In der DDR hatten die sowjetischen Reformen die gleiche Wirkung. Das betraf vor allem die jungen Leute, die immer mehr nach dem Leben in der BRD lechzten, das Freiheit und Wohlstand versprach.

Im Mai 1989 begannen der österreichische und ungarische Außenminister die Grenzsperran an der österreichischen-ungarischen Grenze zu entfernen. Das nutzten viele DDR-Bürger aus, durch die Tschechoslowakei und Ungarn nach Österreich und weiter in die BRD zu flüchten.

Dies hing auch mit der massiven Abwanderung der DDR-Bürger durch die Besetzung der BRD-Botschaften in Tschechoslowakei und Polen am Anfang des Jahres 1989 zusammen, womit sie die Ausreisegenehmigung in die BRD erreichen wollten.

Der massiven Abwanderung aus der DDR über Ungarn in die BRD ging eine weitere massive Abwanderung am 4. Oktober voraus, in der mehr als 7.600 Ostdeutsche Flüchtlinge aus Prag flüchteten. Es war einen Tag später nachdem das Visumfreie Reisen zwischen der DDR und Tschechoslowakei aufgehoben wurde.

Die DDR-Regierung bezog dazu keine Stellung. Die ostdeutsche Nachrichtagentur ADN²⁹ kommentierte es nur mit einem Satz, der wahrscheinlich von Honecker war, im Sinne, dass man für diesen Bürger keine Tränen nachweinen muss.

Für die Bürgerrechtsbewegungen im Osten empfanden Brandt und die deutschen Sozialdemokraten Sympathien. Ihre Beziehungen zu den Regimekritikern waren dennoch

²⁹ ADN = Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst.

schwierig, weil die SPD die östlichen Staaten aus Sorge um den Frieden nicht destabilisieren wollte.

Brandt verstand einerseits ihr Drängen nach Freiheit und lobte ihren Mut. Mehrmals setzte er sich persönlich für die inhaftierten Unterzeichner der „Charta 77“ ein.

Andererseits wollte sich er nicht in die inneren Angelegenheiten der Ostblocksstaaten einmischen. Das galt aus historischen Gründen vor allem für Polen.

2.3 Ende des SED-Regimes und Fall der Berliner Mauer

In der ganzen Welt informierten die Medien über die Massenabwanderung der DDR-Bürger und der damit verbundenen Krise des deutschen Staates unter der Vorherrschaft der SED, der sich gerade auf den 40. Jahrestag ihrer Gründung vorbereitete. Ohne Berücksichtigung des Geschehens feierte Honecker am 7. Oktober 1989 die DDR als „Bastei des Sozialismus“ und die massive Abwanderung begründete er als international organisierte Verleumdung.

Am diesen Tag kamen hunderttausende Leute in die Straßen Ost-Berlins, um gegen das SED-Regime zu protestieren. Sie forderten Reformen, Reise- und Wahlfreiheit. Die Polizei und die Staatssicherheit gingen gegen die Protestierenden sehr brutal vor und viele wurden verhaftet.

Ähnliche Geschehnisse fanden zu gleicher Zeit auch in Leipzig, Dresden, Potsdam und anderen DDR-Städten statt.

Das brutale Vorgehen der Polizei und Stasi³⁰ gegen die friedlichen Demonstranten löste in der Welt große Erbitterung aus. Trotzdem demonstrierten die Leute zwei Tage danach wieder. Unter der Losung „Wir sind ein Volk“ forderten sie von der Regierung demokratischen Reformen. Diesmal schlossen sich auch Schriftsteller, Schauspieler, Sänger und andere Künstler an.

Der politische Kern der SED traf sich am 10. und 18. Oktober zur Krisensitzung. Zum ersten Mal kritisierten die SED-Mitglieder Honeckers Regierungsstil. Als der Generalsekretär wieder alle Reformentwürfe ablehnte, stimmten die SED-Politiker über seinen Rücktritt ab. Am 18. Oktober wurde Honecker von der Funktion des Generalsekretärs und am 24. Oktober von der Funktion des Staatsratsvorsitzenden abgesetzt und damit definitiv der Macht enthoben.

³⁰ Stasi = Das Ministerium für Staatssicherheit der DDR.

Nach Honeckers Sturz, kamen sehr schnell viele Änderungen. Obwohl der neue Generalsekretär Egon Kerz versuchte den Regierungsstil ändern und die Bereitschaft äußerte, friedliche Gespräche mit dem Volk zu führen, gingen die Demonstrationen weiter.

Am 4. November demonstrierten schon über eine Million Bürger. Sie zeigten deutlich, dass sie kein Vertrauen in die SED haben und dass sie die neue Richtung nicht für ehrlich halten.

Am 7. November trat der Ministerrat mit dem Vorsitzendem Willi Stoph zurück. Abends am 9. November 1989 machte ganz unerwartet ein Mitglied des berlinern Politbüros³¹ bekannt, dass die Grenze zur BRD geöffnet wird. Noch in der gleichen Nacht gingen tausende DDR-Bürger in die BRD-Grenzstädte, wo spontane Feiern des Wiedersehens mit den westdeutschen Nachbarn stattfanden. Gleich am nächsten Tag fing das Abreißen der Berliner Mauer an, um es zu ermöglichen, neue Grenzübergänge zu öffnen.

Schon am Morgen nach der Öffnung der Mauer stand Willy Brandt, schon als politischer Pensionär, vor dem Brandenburger Tor. Anschließend fuhr er zusammen mit Bundeskanzler Kohl und Außenminister Genscher zum Rathaus Schöneberg. Dort sagte er in einem Interview einen Satz, der (leicht gekürzt) bald in aller Munde war: *„Jetzt sind wir in einer Situation, in der wieder zusammenwächst, was zusammengehört.“*³² Brandt dachte dabei nicht nur an Deutschland, sondern auch an Europa als Ganzes.

Am Abend fand vor dem Rathaus eine Kundgebung statt, bei der auch Brandt zu Tausenden Berlinern aus beiden Teilen der Stadt sprach.

Falls die Führung der DDR erwartete, dass die Erleichterung für das Ausreisen die Situation beruhigen wird, irrte sie sich fatal. Die Existenz der DDR war ohne Mauer nicht weiter möglich. Die DDR-Regierung hoffte zu erst auf eine Konföderation mit der BDR, das lehnte aber die Bundesregierung strikt ab.

³¹ Politbüro = Politisches Büro, eine Bezeichnung für das höchste politische Führungsgremium der meisten Kommunistischen Parteien.

³²Quelle: Es wird nichts wieder so, wie es einmal war. In: Deutschlandfunk [online]. 10.11.2014 [cit. 2015-04-25]. Dostupné z: http://www.deutschlandfunk.de/willy-brandt-zum-mauerfall-es-wird-nichts-wieder-so-wie-es.1359.de.html?dram:article_id=197296.

Am 8. November trug Bundeskanzler Helmut Kohl dem Bundestag einen Bericht über den Zustand der Nation vor, in dem er wirtschaftliche Hilfen für die DDR versprach, mit der Bedingung, dass es in der DDR zu wesentlichen politischen Reformen kommen muss.

In der DDR wurde paar Tage später von der Volkskammer Hans Modrow als neuer Ministerpräsident gewählt. Er trat zur schwierigen Aufgabe an die DDR zu den ersten demokratischen Wahlen, die im Mai 1990 stattfinden sollten, zu führen.

Am 19. Dezember 1989 vereinbarten Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Modrow die Öffnung des Brandenburger Tors für den Fußverkehr zwischen beiden Teilen Berlins.

Tausende Leute und auch Medien warteten schon die ganzen Tage vorher beim Brandenburger Tor, um die symbolische Veranstaltung nicht zu verpassen. Am 22. Dezember brachen Arbeiter an der östlichen Seite die Mauer durch. Hans Modrow bezeichnete dabei den Tor als „Tor des Friedens“ und Helmut Kohl ermahnte die Deutschen zur Geduld und Besonnenheit.

2.4 Die Wiedervereinigung Deutschlands

Nach dem Fall der Mauer wurde der Ruf nach der Einheit Deutschlands immer lauter. Die große Mehrheit der DDR-Bürger wollte so schnell wie möglich die Vereinigung mit der Bundesrepublik.

Das erlebte Willy Brandt, der Anfang 1990 auf vielen Kundgebungen in der DDR sprach. Da er die Einheit der Deutschen uneingeschränkt befürwortete, wurde Brandt im Volkskammerwahlkampf zum Zugpferd für die Ost- SPD befördert. Sie ernannte ihn auch zu ihrem Ehrenvorsitzenden.

Obwohl die Berliner Mauer fiel und die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten geöffnet wurde, blieb die Frage der Wiedervereinigung weiter ungelöst.

Die schnelle Entwicklung in der DDR überraschte die Bundesregierung deutlich. Einerseits herrschten in der BRD Begeisterung und Hoffnung über die bisherige Entwicklung, andererseits kamen auch Zweifel auf, wie die Bundesrepublik weiter verfahren soll und wie die anderen europäischen Staaten und Weltmächte reagieren werden.

Die fingen bald an sich in dieses Problem einzumischen. Zwar war es nicht zu leugnen, dass die Deutschen das Recht zur Wiedervereinigung nach 41 Jahren Trennung haben, aber die schnelle Entwicklung des deutschen Staates löste aus den historischen

Erfahrungen und Erinnerungen an das Dritte Reich bei manchen Staaten Befürchtungen aus. Schon jetzt war die BRD eine von den führenden Wirtschaftsnationen in der Welt und nach der Ausweitung auf 78 Millionen Einwohner konnte sogar einen Wirtschaftsgigant entstehen.

Andererseits war den führenden Außenpolitikern klar, dass man mit der neuen Situation etwas machen muss. Die massiven Abwanderungen in die BRD setzten sich immer weiter fort. Seit dem Mauerfall handelte es sich um ca. 350 000 Personen.³³

Auch die Losungen der Demonstranten änderten sich. Aus dem „Wir sind das Volk“ wurde „Wir sind ein Volk“.

Um die Befürchtungen der anderen Staaten abzuschwächen, sah man als die einzige Lösung die Eingliederung des vereinigten Deutschlands in die westlichen internationalen Organisationen.

Da die BRD Mitglied der NATO und die DDR Mitglied des Warschauer Pakts waren, wurde es notwendig die Wiedervereinigung zusammen mit den damaligen vier Siegermächten zu verhandeln.

Die USA stellten sich zur Wiedervereinigung sehr positiv. Im Gegensatz zu Großbritannien und Frankreich. Trotzdem verständigten sich diese drei Weltmächte auf die Bedingung, dass das vereinigte Deutschland Mitglied des NATO und EU werden muss.

Mit der Sowjetunion war die Verhandlung besonders schwer, da ihre Zustimmung zur Vereinigung Deutschlands den Verlust der DDR bedeutete.

Erst am 16. Juli 1990 als sich Gorbatschow und Kohl im Kaukasus trafen, gab die Sowjetunion endlich ihre Zustimmung zur Eingliederung des wiedervereinigten Deutschlands in die NATO. Damit war das letzte Hindernis des vereinigten Deutschland überwunden. Am 12. September unterzeichneten in Moskau die Außenminister der vier Siegmächte und der beiden deutschen Staaten den „Vertrag über die Souveränität des wiedervereinigten Deutschlands“.

In diesem Vertrag verpflichtete sich Deutschland u. a., dass es auf atomare, biologische und chemische Waffen verzichtet und die Zahl der Soldaten der Bundeswehr vermindern wird.

³³ Quelle: NOVOTNÝ, Lukáš. *Spolková republika Německo*. 1. vyd. Praha: Libri, 2014, 183 s. Stručná historie států. ISBN 978-80-7414-711-1.

Für Willy Brandt erfüllte sich ein Traum. Bei Auftritten in vielen Städten der DDR jubelten ihm die Menschen zu. Brandt erkannte die historische Chance und befürwortete 1990 Deutschlands rasche Vereinigung im zusammenwachsenden Europa.

Willy Brandt begrüßte, dass sich der deutsche Einigungsprozess 1990 immer mehr beschleunigte. Statt von „Wiedervereinigung“ sprach er aber lieber von „Neuvereinigung“, da es nicht um eine Wiederherstellung des Deutschen Reiches gehen könnte.

Trotz Kritik in wichtigen Details stimmte Brandt der Politik von Bundeskanzler Kohl im Prinzip zu. Mit dem SPD-Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine kam es jedoch zum Bruch. Gegen dessen Willen setzte der Ehrenvorsitzende Brandt und der Parteivorsitzende Vogel 1990 durch, dass die SPD sowohl für die deutsche Währungsunion als auch für den Einigungsvertrag stimmte.

Im April fanden die ersten demokratischen Wahlen für die Volkskammer in der DDR statt, an denen 19 politischen Parteien teilnahmen. Als neuer Regierungschef wurde Lothar de Maiziere gewählt.

Die SED nannte sich in PDS (Partei des demokratischen Sozialismus) um und zwar forderte sie die Konföderation, aber mit der Bedingung, dass der bisherige gleichberechtigte Status der beiden deutschen Staaten beibehalten wird.

Die westdeutschen Parteien bildeten mit den neuen ostdeutschen Parteien verschiedene Allianzen, die sich aber später in die ursprünglichen westdeutschen Parteien aufgingen. Die Wahl gewann die CDU unter dem Namen „Allianz für Deutschland“, die mit der SPD und dem Bund der freien Demokraten (BFD) eine Koalition bildete. Mit Rücksicht auf die Programme der kandidierenden Parteien, kann man sagen, dass ca. 75 % der Wähler³⁴ die Parteien wählten, deren Ziel die Einigung Deutschlands war.

Mit der neuen Regierung fing de Maiziere gleich die Verhandlung mit Kohl über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion der beiden deutschen Staaten an und am 18. Mai 1990 wurde dieser Vertrag in Bonn von den beiden Finanzministern unterzeichnet.

Am 1. Juli trat die Deutsche Mark (DM) als die offizielle Währungseinheit in der DDR in Kraft. Die Ersparnisse der DDR-Bürger wurden im Kurs 1:1 gewechselt und gleichzeitig wurde hier die Marktwirtschaft eingeführt.

³⁴ Quelle: NOVOTNÝ, Lukáš. *Spolková republika Německo*. 1. vyd. Praha: Libri, 2014, 183 s. Stručná historie států. ISBN 978-80-7414-711-1.

Gleichzeitig verpflichtete sich die BRD den Fond der deutschen Einheit zu gründen und 150 Milliarden DM einzahlen. Aus diesem Fond sollte die Modernisierung der Infrastruktur in der DDR finanziert werden.

Noch im Juli leiteten die Regierungen der beiden deutschen Staaten Verhandlungen über den zweiten Staatsvertrag ein, der die definitive Wiedervereinigung bestätigen sollte.

Am 23. August verabschiedete die Deutsche Volkskammer in Gesetz, dass die DDR zur BDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes der BRD beitrug und zwar am 3. Oktober.

Am 31. August unterzeichneten im Ost-Berlin der Bundesminister des Inneren Wolfgang Schäuble und der Staatssekretär der DDR Günther Krause, die die Verhandlungen führten, den Vertrag über die Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten, der am 3. Oktober 1990 in Kraft trat. Damit wurden den beiden deutschen Ländern nach 41 Jahre wieder vereinigt.

Der 3. Oktober, der Tag der deutschen Einheit wurde später ein staatlicher Feiertag.

Es sieht vielleicht so aus, dass der Prozess der Wiedervereinigung fast ohne Probleme und sehr harmonisch verlief. Die Realität sah aber ganz anders aus. Während der Debatten der beiden Staatspolitiker traten viele strittige Punkte auf, die lange Zeit diskutiert wurden. Themen die besonders umstritten waren, z.B. die Frage der Schwangerschaftsabbrüche, die in der BRD verboten waren oder die Einstellung zur Stasi und zu dem Vermögen der SED.

Mit dem Vertrag über die Wiedervereinigung, wurde in manchen Punkten das Grundgesetz der BDR geändert, das am 3. Oktober 1990 auch in der bisherigen DDR in Kraft trat. Der Artikel 1 spricht über die Bildung der fünf Länder: Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen, die am 3. Oktober neue Bundesländer wurden. Artikel 2 bezeichnet Berlin als Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland.

Nach dem Mauerfall gehörte Willy Brandt zu den entscheidenden Personen, die sich für den Regierungsumzug von Bonn nach Berlin einsetzten. Am 20. Juni wurde im Bundestag beschlossen, dass der Bundestag nach Berlin umziehen wird.

Am 20. Dezember 1990 hatte Willy Brandt, als das älteste Mitglied des Parlaments (sog. Alterspräsident), die Ehre den ersten gesamtdeutschen Bundestag zu eröffnen.

Die historischen Umbrüche 1989/90 beflügelten Willy Brandt. Unermüdlich reiste er zu Vorträgen und Tagungen. Die innere Einheit Deutschlands, die Einigung Europas und der Frieden in der Welt waren seine Themen.

Im Herbst 1991 erkrankte Brandt schwer. Zwar kam er nach einer Darmkrebsoperation rasch wieder auf die Beine, doch am 4. Mai 1992 war seine Rede zur Zukunft Europas vor Sozialdemokraten in Luxemburg sein letzter Auftritt in der Öffentlichkeit.

Brandt zog sich in sein Haus in Unkel zurück, wo ihn seine Frau pflegte. Viele Freunde aber auch politische Gegner besuchten den todkranken Politiker. Am 8. Oktober 1992 starb Willy Brandt. Neun Tage später wurde er nach einem Staatsakt in Berlin beigesetzt.

Im Rathaus Schöneberg nahmen Tausenden Berliner am 16. Oktober 1992 Abschied von ihrem früheren Regierenden Bürgermeister. Am Tag darauf fand im Reichstag ein Staatsakt statt. Hunderte Gäste aus aller Welt erwiesen dem Verstorbenen die letzte Ehre. Besonders bewegend war die Rede, die Felipe González in spanischer Sprache an seinen Freund Willy Brandt richtete.

Das Ehrengrab Willy Brandts befindet sich auf dem Berliner Waldfriedhof im Zehlendorf neben dem Ehrengrab von Ernst Reuter, Vorgänger Brandts als Regierender Bürgermeister.

Nach seinem Tod wurden viele Straßen und Plätze nach ihm genannt und das nicht nur innerhalb Deutschlands, sondern auch in vielen europäischen Länder. Unter anderem gibt es z.B.: die Willy-Brandt-Straße in Berlin, wo sich das Bundeskanzleramt befindet oder die Willy-Brandt-Straße in Hamburg, die Willy-Brandt-Allee in Lübeck, in Erfurt wurde nach ihm der Bahnhofvorplatz als Willy-Brandt-Platz benannt, da genau da das erste deutsch-deutsche Treffen mit Willy Stoph stattfand. Ebenso wurde nach ihm der Vorplatz des Bahnhofs in Kassel benannt. Auch außerhalb Deutschlands gibt es Willy Brandt Denkmäler: z.B. in Porto, Portugal, oder Lille, in Frankreich. Ein Willy-Brandt-Platz mit seinem Denkmal befindet sich auch in Warschau in Polen, um an den Kniefall vor dem Ehrenmal der Helden des Ghettos zu erinnern.

Weiter wurde zu seinem ehrenden Gedenken die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung mit dem Sitz in Berlin von der BRD gegründet zusammen mit einer weiteren Stiftung des norwegischen Rechts: die Norwegisch-Deutsche Willy-Brandt Stiftung mit Sitz in Oslo und Berlin.

Außerdem wurde nach ihm auch die Bundeszentrale der SPD in Berlin benannt, das Willy-Brandt-Haus in Berlin, das im Jahr 1996 eingeweiht wurde.

2.5 Die Bundesrepublik Deutschland nach der Wiedervereinigung

Nach der Wiedervereinigung startete in Deutschland ein neuer Prozess. Es handelte sich nicht nur um den Übergang von der Diktatur zur Demokratie in der DDR, sondern auch um den Ausgleich zwischen „Ost-Deutschland“, das unter der langjährigen SED-Regierung geformt wurde und dem west-deutschen demokratischen und wirtschaftserfolgreichen System.

Zur Wiedervereinigung kam es unter dem Druck der Umstände sehr schnell, deswegen viele Probleme, vor allem wirtschaftliche auf einmal gelöst werden mussten.

Bald zeigte sich, dass die Finanzkosten, die mit den neuen Bundesländern verbunden waren, viel höher sind, als man vorher geschätzt hatte.

Notwendig wurde es ein Grundniveau der sozialen Sicherungen in Ost-Deutschland sicherzustellen. Das führte im Jahr 1992 zu einem sehr verlangsamten Wirtschaftswachstum, sogar zur Wirtschaftstagnation in den „alten“, gleich wie in den „neuen“ Bundesländern.

Das Hauptziel der BRD wurde der Ausgleich des Niveaus der westdeutschen und ostdeutschen Länder und die Wirtschaftserneuerung Ost-Deutschlands.

Nach langen Verhandlungen vereinbarten die Regierungskoalition und die Opposition den sog. „Solidaritätspakt“, mit dem der Wirtschaftsanstieg in den neuen Bundesländer unterstützt werden sollte. Es handelte sich um einige Milliarden. Um diese Summe zu erhalten, sollten vor allem Steuererhöhungen helfen.

Zusätzlich zum Solidaritätspakt wurde im Jahr 1991 für alle deutsche Bürger der Solidaritätszuschlag eingeführt, eine Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer, Lohnsteuer, Kapitalertragsteuer oder Körperschaftsteuer.³⁵

Die schwache Konjunktur der deutschen Wirtschaft beeinflusste auch die Arbeitslosigkeit. In der ehemaligen DDR betrug die Arbeitslosenquote im Jahr 1993 ca. 15 %.

Die schwierige Situation verschärften noch die Flüchtlinge, die nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“³⁶ in die BRD kamen.

³⁵ Quelle: Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz: Solidaritätszuschlaggesetz (SolZG). *Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz* [online]. © 2015 [cit. 2015-04-22]. Dostupné z: <http://www.gesetze-im-internet.de/solzg/BJNR113180991.html>

³⁶ Eiserner Vorhang = in Politik das Begriff für eine ideelle Grenze zwischen den Staaten des Osts und den Staaten des Wests während des Kalten Krieges.

Erst im Jahr 1994 stieg die deutsche Wirtschaftsleistung wieder an. Die Arbeitslosenquote blieb aber weiter hoch und ist bis heute eines von den Grundproblemen der deutschen Wirtschaft.

Heutzutage ist die Wirtschaftssituation in der BRD ziemlich stabil und der deutsche Staat gehört zu den wirtschaftsstärksten Nationen der Welt. Die wirtschaftliche Hilfe und der Aufbau der ostdeutschen Länder kam aber bis heute nicht zum Ende, was auch bis heute die starke Spannung zwischen den Bürgern aus „West- und Ost-Deutschland“ verursacht.

Die sog. Wessi kritisieren noch heute ihre neuen Mitbürger, dass sie sich an die finanzielle Hilfe des Westens gewöhnt haben und dass sie das ehemalige Westdeutschland nur als die Quelle des Gelds ausnutzen. Die sog. Ossi kritisieren dagegen die Westdeutschen, dass sie immer noch als rückständig und als billigere Produktionsregion bezeichnet werden.

Schluss

Obwohl Willy Brandt nur 4 Jahre im Amt des Bundeskanzlers war, beeinflusste er doch deutlich den Lauf der deutschen Geschichte. Durch seine Ostpolitik half er der Wiedervereinigung Deutschlands markant nach, obwohl es eigentlich indirekt war, da es zu der Wiedervereinigung erst viele Jahre später kam.

Willy Brandt war vor allem ein bemerkenswerter Politiker und Diplomat aber auch ein Mensch mit einer außergewöhnlichen Ausstrahlung. Während seiner Regierungszeit als Oberbürgermeister West-Berlins und später als Bundeskanzler gewann er die Sympathien des deutschen Volkes und wurde einer von den beliebtesten deutschen Politikern. Das beweist auch die Begeisterung der Bevölkerung, als er nach dem Mauerfall, vor und nach der Wiedervereinigung zu den Bürgern sprach, obwohl er schon de facto nicht mehr politisch tätig war. In West- und Ost-Deutschland brachte man ihm von den Bürgern, aber auch von anderen Politikern, großen Respekt entgegen.

Man kann schlecht einschätzen, wie sich die deutsche Geschichte ohne Brandts Ostpolitik im 20. Jahrhundert entwickelt hätte. Obwohl die konservativen Politiker die Ostpolitik zu bedingungslos fanden und sie scharf kritisierten, war es seinerzeit eine sinnvolle und, wie sich später zeigte, auch eine erfolgreiche Einstellung zum deutschen Problem. Wenn man die Unfähigkeit der westlichen Siegermächte, die Situation in Deutschland irgendwie zu lösen und das Desinteresse der Sowjetunion eine Vereinbarung mit dem Westen in Erwägung zieht, war Brandts Ostpolitik und die langsame Annäherung an den Osten der einzige Weg die die neue Hoffnung oder wenigstens die Verbesserung der Situation zu erreichen.

Zur Wiedervereinigung würde es wegen der neuen sowjetischen Außenpolitik und der damit verbundenen Reformen wahrscheinlich früher oder später sowieso kommen. Aber die guten Beziehungen mit dem Osten – vor allem mit der Sowjetunion und der DDR, die Brandt während seiner Regierung aufbaute, haben den Prozess bestimmt sehr beschleunigt.

Brandts Politik beeinflusste nicht nur die deutsche Außenpolitik, sondern auch die Situation innerhalb Deutschlands. Dank seiner Diplomatie und seiner Bemühungen, hatten die Deutschen mehrmals die Möglichkeit sich in ihrer getrennten Heimat zu besuchen.

Auch für die Politik im ehemaligen West-Deutschland spielte Brandt eine große Rolle. Bis heute gehört er zu den bedeutenden Personen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, da sie erst unter seiner Führung zu den stärksten Parteien in Deutschland wurde und mit ihm regierte sie zum ersten Mal auf Bundesebene und konnte damit viele Reformen

durchsetzen. Diese Position behielt sie und bis heute gehört sie zu der Hauptkonkurrenz der CDU/CSU.

Natürlich machte Willy Brandt auch Fehler, wie jeder Politiker, und obwohl er die Wiedervereinigung nicht direkt führte, finde ich seinen Beitrag für die deutsche Politik sehr bedeutend. Außerdem ist er auch mit der Tschechischen Republik verbunden und zwar durch seine Unterstützung der Charta 77 und den guten Beziehungen zum ehemaligen tschechischen Präsidenten Vaclav Havel. Aus diesem Grund finde ich es sehr traurig, dass die tschechische Nation über seiner Person so wenig weiß.

Die Wiedervereinigung Deutschlands beeinflusste dagegen nicht nur Europa, sondern die ganze Welt. Der Mauerfall wurde das Symbol vom Ende der kommunistischen Diktatur im Ostblock. Deutschland bewies damit der ganzen Welt, dass ein Volk keine politische Macht trennen kann und dass die beiden deutschen Staaten fähig sind einen Kompromiss zu finden.

Meiner Meinung nach ist der Prozess der Wiedervereinigung aber immer noch nicht beendet. Die Trennung dauerte viel zu lange und die Unterschiede zwischen der BRD und der DDR vertieften sich in dieser Zeit deutlich. Die Vereinigung der deutschen Staaten ging sehr schnell. Für die deutschen Bürger, vor allem für die aus der DDR, änderte sich damit fast „über Nacht“ das ganze Leben.

Das Ergebnis ist das noch immer innerlich getrennte Deutschland. Es wird wahrscheinlich noch etwas dauern bis sich die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede ganz ausgleichen.

Trotzdem spielte die Wiedervereinigung Deutschlands und ihre politischen Akteure eine wesentliche Rolle für die deutsche Geschichte und man kann sie aus der politischen und menschlichen Sicht eindeutig als sehr positives Ereignis bezeichnen.

Literatur- und Quellenverzeichnis

Bücher

EINHART, Lorenz. *Willy Brandt Deutscher - Europäer - Weltbürger*. Stuttgart: Kohlhammer Verlag, 2012. ISBN 9783170232426.

FAULENBACH, Bernd. *Willy Brandt*. München: C.H. Beck, 2013. ISBN 9783406654671.

GÖRTEMAKER, Manfred. *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: von der Gründung bis zur Gegenwart*. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch Verlag, 2004. ISBN 359616043x.

JÄGER, Wolfgang a Michael WALTER. *Die Überwindung der Teilung: der innerdeutsche Prozess der Vereinigung 1989/90*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1998. ISBN 3421050929.

JESSE, Eckhard a Armin MITTER. *Die Gestaltung der deutschen Einheit: Geschichte, Politik, Gesellschaft*. Bonn: Bouvier, 1992. ISBN 3416023641.

LAU, Karin a Karlheinz LAU. *Deutschland auf dem Weg zur Einheit: Dokumente einer Revolution*. Braunschweig: Westermann, 1990. ISBN 3075092525.

MÜLLER, Helmut, Hanna VOLLRATH a Karl-Friedrich KRIEGER. *Dějiny Německa*. Praha: Nakladatelství Lidové noviny, 1995. ISBN 80-7106-125-5.

MERSEBURGER, Peter. *Willy Brandt: 1913-1992: Visionär und Realist*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 2002. ISBN 3-421-05328-6.

NOVOTNÝ, Lukáš. *Spolková republika Německo*. 1. vyd. Praha: Libri, 2014. ISBN 978-80-7414-711-1.

ROTTMAN, Gordon L. *Berlínská zed' a vnitroněmecká hranice 1961-89*. 1. vyd. Praha: Grada, 2009. ISBN 978-80-247-2879-7.

RÖDDER, Andreas. *Geschichte der deutschen Wiedervereinigung*. C.H.Beck: C. H. Beck, 2011. ISBN 9783406622342.

SCHÖLLGEN, Gregor. *Willy Brandt: die Biographie*. Berlin: Propyläen, 2001. ISBN 3549071426.

TAYLOR, Frederick. *Berlínská zed': 13. srpna 1961 - 9. listopadu 1989*. 1. vyd. Praha: BB/art, 2008. ISBN 978-80-7381-413-7.

WEBER, Hermann. *Dějiny NDR*. 1. vyd. Praha: Nakladatelství Lidové noviny, 2003. ISBN 8071065587.

Internet

Es wird nichts wieder so, wie es einmal war. In: Deutschlandfunk [online]. 10.11.2014 [cit. 2015-04-25]. Dostupné z: http://www.deutschlandfunk.de/willy-brandt-zum-mauerfall-es-wird-nichts-wieder-so-wie-es.1359.de.html?dram:article_id=197296.

NĚMECKO. BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ UND VERBRAUCHERSCHUTZ: *Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz* [online]. ©2015 [cit. 2015-04-22]. Dostupné z: <http://www.gesetze-im-internet.de/solzg/BJNR113180991.html>.

Filme

Der Mensch Willy Brandt [film]. Directed by Michael KLOFT. Deutschland: Spiegel TV. 2013.

Willy Brandt - Erinnerungen an ein Politikerleben [film]. Directed by André Schäfer. Deutschland: ARTE EDITION 2014.

Beilagenverzeichnis

Die Grenze zwischen BRD und DDR 1961 - 1989



Quelle: ROTTMAN, Gordon L. *Berlínská zeď a vnitroněmecká hranice 1961-89*. Praha: Grada, 2009. ISBN 978-80-247-2879-7.

Willy Brandt und John F. Kennedy, 1963



Quelle: <http://www.willy-brandt.de/willy-brandt/biografie.html>

Willy Brandt als Bundeskanzler, 1972



Quelle: <http://www.willy-brandt.de/willy-brandt/biografie.html>

Willy Brandts Kniefall in Warschau am 7. Dezember 1970



Quelle: <http://www.sueddeutsche.de/politik/bildstrecke-willy-brandt-legende-der-deutschen-politik-1.327661-4>

Leonid Breschnew und Willy Brandt



Quelle: http://www1.wdr.de/fernsehen/dokumentation_reportage/wdr-dok/sendungen/deutschekanzler-brandt100_lpic-3_lupe-true.html

9. November 1989, Mauerfall



Quelle: http://www.deutschlandfunk.de/maerhuepfer.724.de.html?dram:article_id=99641

Rede des Altbundeskanzlers Willy Brandt am 10. November 1989



Quelle: <http://www.dw.de/willy-brandt-es-w%C3%A4chst-zusammen-was-zusammen-geh%C3%B6rt/a-16431107>